Ausgabe B

Einzelpreis 10 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10 Reichspfennig Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Reichspfennige — Für komplizierten Satz Aufschlag. — Reklamepreis: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 50 Reichspfennige.

Organ der KPD., Bezirk Schlesien

Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet).

Bezugspreis: Im Abonnement bei wöchentlich [illegible] Erscheinen frei ins Haus monatlich 2,[illegible] Reichsmark, wöchentlich 50 Pfennige. Einzelnummern durch Straßenhändler und Kioske 10 Reichspfennige. — Redaktion und Expedition: [illegible] Straße 50. Postscheckkonto Breslau 544. Fernsprecher Breslau Ring [illegible]

7. Jahrgang. Mittwoch, 20. Mai 1925 Nummer 110

Hindenburgs Erfüllungskurs

Rede Stresemanns im Reichstage

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 19. Mai.

Die Montagssitzung des Reichstages, die die große Rede des Außenministers Stresemann brachte, mußte um eine Stunde verschoben werden, weil scheinbar noch keine Verständigung mit den Deutschnationalen über Ton und Inhalt der Rede zustande gekommen war. In der deutschnationalen Presse wurde von Stresemann gefordert: Ablehnung aller weiteren Forderungen in der Entwaffnungsfrage sowie Zurückziehung der deutschen Angebote in Bezug auf den Sicherungspakt und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Wenn auch diese Forderungen der völkischen Deutschnationalen keine Aussicht hatten, so atmete die ganze Rede Stresemanns jedoch den neuen Hindenburgkurs. Die nationale Phrase stand im Mittelpunkt seiner Ausführungen. Gleichzeitig aber unterließ es Stresemann nicht, vor der Entente und insbesondere vor Amerika den unbedingten Erfüllungswillen Deutschlands erneut zu unterstreichen.

Sitzungsbericht

Zu Beginn der Montagssitzung des Reichstages wies der Präsident Löbe auf die Grubenkatastrophe in Dorstfeld hin. Er sprach von „tiefstem Mitleid des Reichstages" und von der Notwendigkeit, wegen der vielen Unglücksfälle eine Generalrevision vorzunehmen. Genosse Neubauer ergriff dann das Wort zur Begründung einer kommunistischen Interpellation, in der es heißt:

„Wiederum hat ein furchtbares Grubenunglück auf Zeche Dorstfeld bei Dortmund 43 Bergleuten das Leben geraubt. Das ist nunmehr nach Hanibal, Minister Stein und Mathias Stinnes 1.2 das vierte schwere Unglück seit Januar. In allen diesen Fällen hat sich ergeben, daß neben einer geradezu verbrecherischen Fahrlässigkeit der Zechendirektionen ein schamloses Antreiber- und Prämiensystem dieser Arbeitermorde war. Wir fragen die Regierung:

1. **Ist die Regierung endlich gewillt, strenge Maßnahmen zur Verhütung ähnlicher Unglücksfälle zu treffen?**
2. **Was gedenkt die Regierung überhaupt zu tun zur Beseitigung des mörderischen Prämien- und Antreibersystems?"**

Mit der Begründung erklärte Genosse Neubauer, daß es nicht genügt, immer zu betonen, daß etwas getan wird, es muß endlich eingegriffen werden, um derartige Grubenunglücke zu verhindern. Genosse Neubauer forderte sofortige Beratung der Interpellation und des Antrages in der heutigen Sitzung.

Präsident Löbe fragte, ob niemand widerspreche, gab dabei gleich das Argument, die Interpellation läge noch nicht gedruckt vor. Mit diesem Argument operierte dann der sich als Bergarbeiter aufspielende Volksparteiler Winnefeld. Er verteidigte die Grubenherren gegen die kommunistischen Angriffe und widersprach der Besprechung der Interpellation. Keine einzige Partei außer der kommunistischen erhob gegen diese Ungeheuerlichkeit Einspruch. Dadurch wurde die Besprechung und Beantwortung der Interpellation auf lange Zeit verschoben.

Dann begann

Stresemann

seine Rede:

Um die Befürchtungen des Auslandes über die deutsche Außenpolitik nach der Wahl Hindenburgs zu zerstreuen, erklärte er ferner eingangs, daß der Dawesplan in derselben Weise wie bisher ausgeführt werde, betonte dabei jedoch, daß die Zahlungen Deutschlands nichts mit Gerechtigkeit und der Anerkennung der Schuld Deutschlands zu tun hätten; vielmehr seien uns diese Lasten von den Siegern kraft ihrer Uebermacht aufgezwungen worden. Dabei fand er den Beifall selbst der Deutschnationalen. Es könne nicht daran gezweifelt werden, daß die Räumung des Ruhrgebietes und des Sanktionsgebietes zu dem in den Londoner Vereinbarungen festgesetzten letzten Termin des 16. August stattfände. Unter tiefer Verbeugung vor den Vereinigten Staaten erklärte Stresemann,

daß er alles tun werde, um mit Amerika die besten Beziehungen aufrechtzuerhalten.

Bezüglich der Beziehungen Deutschlands zu Sowjetrußland betonte Stresemann, daß alle Reibungen mit Sowjetrußland beseitigt seien. Bei den Verhandlungen, die Deutschland jetzt mit den anderen Ländern führe, handle es sich nicht um grundsätzliche Orientierungen seiner Politik nach der einen oder anderen Seite des Kontinent. (?) Im Interesse Deutschlands läge, seine Beziehungen zum Westen und Osten auszugleichen. Das brauche und würde niemals eine Form annehmen, die eine fruchtbare Ausgestaltung der deutsch-russischen Beziehungen beeinträchtige.

Bei der weiteren Besprechung der außenpolitischen Beziehungen fand Stresemann besonders warme Worte, als er sich mit den Ländern befaßte, in denen heute der weiße Terror gegen das Proletariat herrscht. Bezüglich des faschistischen Italiens feierte er die [illegible] Verständigung Italiens mit dem jetzigen Deutschland. (Zuruf der Kommunisten: Mussolini!) Für Horthy-Ungarn hatte er lebhafte Sympathie und aufrichtige Bewunderung. Außerdem beglückwünschte er das weiße Bulgarien für die tatkräftige Arbeit im Sinne des Wiederaufbaues des Landes. (Zurufe bei den Kommunisten: Zankoff!) Er vergaß es auch nicht, sich vor dem heiligen Stuhl (Vatikan) zu verneigen.

In bezug auf die Handelsbeziehungen zu anderen Ländern forderte Stresemann schnellste Annahme der Zolltarife. Unter dem Beifall der Rechten wies er alle Angriffe gegen die Steuerdrückebergerei der deutschen Unternehmer zurück. Der Handelsvertrag mit Spanien müsse schnellstens angenommen werden. Die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich dauerten bereits über sieben Monate, ohne daß dabei überhaupt eine Regelung bisher getroffen sei. Stresemann forderte

aktive wirtschaftliche Zusammenarbeit der deutschen und französischen Industrie

und versicherte, wohl in bezug auf Amerika, daß die Reichsregierung zur Unterstützung solcher industrieller Zusammenarbeit auch mit anderen Ländern bereit sei. Die Verhandlungen mit Sowjetrußland gestalteten sich schwierig, was auf die verschiedene wirtschaftliche Struktur der beiden Länder zurückzuführen sei. Die Verhandlungen werden in den nächsten Tagen wieder aufgenommen und ist ein baldiger Abschluß zu erwarten.

Nationalistische Töne schlug Stresemann bei der Besprechung der Räumungsfrage, des Sicherheitspaktes und des Völkerbundes an. Das Unrecht von Köln könne man einem 60-Millionen-Volk nicht auf die Dauer bieten. Die Besetzung trage nicht zur Schaffung des Weltfriedens bei. Die Note, die die Nichträumung Kölns begründen soll, wird uns jetzt nach fünf Monaten angekündigt. Diese Art des Vorgehens gegen Deutschland sei unerhört. Wenn die Entente glaube, die Aufhebung der Besatzung der nördlichen Rheinlandzone mit der Durchführung der Entwaffnung in Verbindung zu bringen und uns dadurch jeder Forderung gefügig zu machen, so irre sie sich. Die allgemeine Abrüstung stehe nach dem Versailler Vertrag im Zusammenhang mit der Beibehaltung des gegenwärtigen Rüstungszustandes in Deutschland. In der Abrüstung würde in den anderen Ländern jedoch nichts getan, vielmehr erhöht gerüstet. Eine Lösung der Sicherheitsfrage, die von Frankreich in den Mittelpunkt der Erörterung gestellt werde, sei ohne Deutschland nicht möglich. Die deutsche Regierung habe aus diesem Grunde den Sicherheitspakt den Alliierten vorgeschlagen, aber bis heute noch keine Antwort erhalten. (Zuruf bei den Kommunisten: Armer Stresemann!) Die Grenze im Osten ist für uns keine unabänderliche Tatsache. (Beifall rechts!) Ein Eintritt in den Völkerbund kommt für uns erst in Frage, wenn die Entwaffnungsfrage gelöst und die Kölner Zone geräumt ist. (Beifall rechts.)

Der Reichstag wird auf Dienstag mittags 12 Uhr vertagt.

*

Mit dieser Rede Stresemann hat das deutsche Großkapital, hat der Hindenburgblock sein Programm verkündet.

Es lautet: Unterwerfung und Erfüllung nach außen, nationalistische Kraftmeierei und Hungerschlinge nach innen. Orientierung nach Westen!

Alle anderslautenden Behauptungen Stresemanns sind ängstliche Ableugnung von Tatsachen. Deutschlands Garantievorschlag bedeutet ein Einschwenken in die antibolsche-

England droht Rußland!

Die antibolschewistische Allianz regt sich

London, 18. Mai.

Der „Daily Herald" meldet, daß die britische Regierung den Alliierten vorgeschlagen habe, eine gemeinsame Note an die Sowjetregierung zu schicken, in der die absolute Zurückweisung der Kommunistischen Internationale und die Ausweisung des Hauptquartiers der Kommunistischen Internationale aus Moskau verlangt wird.

Im Unterhause wird heute der Arbeiterführer Smith Chamberlain darüber interpellieren, ob die Regierung einen Meinungsaustausch mit Frankreich und den anderen alliierten Regierungen eingeleitet habe zwecks Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland. Der „Daily Herald" erklärt in seinem Kommentar zu der Berliner Meldung: Ein [illegible] vornehmsten Gründe für Englands Unternehmung [illegible] werde die Hoffnung sein, Deutschland in die allgemeine antibolschewistische Allianz hineinzubekommen.

Vom Tage.

Kommunistische Untersuchungsgefangene, in Königsberg, die seit zehn Monaten inhaftiert sind, traten in den Hungerstreik.

In Berlin kam es gestern zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Roten Frontkämpfern und Stahlhelmbanditen.

Infolge Einführung des Schnelltelegraphen und der Automatisierung des Telephonverkehrs sollen erneut 32 000 bis 40 000 Postbeamte entlassen werden. Hindenburgabbau!

Die neue Abrüstungsnote der Entente soll nach Meldungen englischer Blätter eine „Ueberraschung" für Deutschland werden. Köln wird nicht geräumt.

Die Dawesmaske fällt

g. Breslau, 19. Mai.

Noch nicht ein Jahr ist verflossen, seit die Sachverständigen der „vereinigten Sieger" des Weltkrieges ihren Plan zur Befriedung der europäischen Wirtschaft anfertigten. Dieser Friedensplan des Margarinegenerals Dawes läuft also bereits eine geraume Zeit, alles fluktuiert, Deutschland empfing die Kredite, Deutschland hat die erste Jahresrate der fälligen Reparationssumme bezahlt, die deutschen Proleten blieben stumm bei Mehrarbeit, Abbau und Hungerlöhnen.

Und doch, die Kritiker am Dawesplan werden immer zahlreicher. Ja selbst die Väter dieses Planes, der nach ihrem Wunsche das Allheilmittel für die „Kriegswunden" sein sollte, treten bereits als Zweifler an ihrer eigenen Schöpfung auf. So hat der Reparationsagent und Deutschlands Finanzdiktator Parker Gilbert einen Bericht nach London geschickt, in dem er feststellt, daß die im Dawesabkommen festgelegten Zahlungsverpflichtungen für die deutsche Wirtschaft untragbar seien. Gilbert rechnet aus, daß Deutschland die fällige Reparationssumme von einer Milliarde für das erste Jahr zwar prompt bezahlt habe, daß es aber unmöglich sei, bei dem heutigen Stand der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzkalamität für das neue Jahr die Summe von 1250 Millionen aufzubringen. Gilbert hält es ferner für völlig ausgeschlossen, daß die höhere Reparationssumme von 2½ Milliarden nach fünf Jahren bezahlt werden könnte.

Auch Owen Young, der Vorgänger Gilberts, hielt im Nationalinstitut für Sozialwissenschaft über diese Frage einen Vortrag, in dem er unter anderem folgende charakteristischen Sätze sagte:

„Kein politischer Vertreter, weder in Frankreich noch in Deutschland, wagt es, seinen eigenen Wählern die Reparationstatsachen ins Gesicht zu sagen. Auch der Dawesplan ist nur eine Zwischenlösung, oder besser ein Zwischenexperiment, bei dem das Problem der Uebertragung von ungeheuren Zahlungen noch nicht gelöst ist."

Nach noch nicht einem Jahr muß also Owen Young feststellen, daß der Dawesplan nur ein Zwischen„experiment" sei. Diese Feststellung des „Kenners" der kapitalistischen Wirtschaft gewinnt darum noch an Bedeutung, weil sie drastisches Zeugnis für die Unfähigkeit und die Unterwürfigkeit der deutschen Politiker und Wirtschaftler ablegt, die ohne ein Wort der Kritik das Diktat der amerikanischen Finanziers auf sich nehmen. Ja, selbst heute noch sprechen Sozialdemokraten von den Erleichterungen, die der deutschen Industrie und somit der deutschen Arbeiterschaft durch das Sachverständigengutachten geschaffen wurden.

Die Urheber des Sachverständigengutachtens sind also die ersten Zweifler geworden, und doch bleibt dieses Experiment ein Experiment an den deutschen Arbeiter, die das Unmögliche vollbringen und die Reparationssumme aus sich herauspressen lassen sollen.

Nach einem Jahr Sachverständigengutachten, nach einem Jahr Scheinstabilisierung, nach fast einem Jahr pazifistischer Aera kommt die Erkenntnis — das alles ist nur Zwischenexperiment, eine Lösung ist noch nicht gefunden.

So wächst die Wirtschaftskrise, so verschärfen sich die politischen Gegensätze, so rüsten „Sieger" und „Besiegte", um unter der Maske des Dawesplanes andere Mittel zu ihrer Befriedigung zu finden. Und so kommen wir hier an den zweiten Punkt, an dem sich der „Sachverständige" Owen Young und der Margarinegeneral Dawes noch einmal verrechnet haben.

Keiner dieser Prozentrechner aus dem Dollarlande hat mit dem deutschen Proletariat, das ja die Repara-

tionssummen erfüllen soll, gerechnet. Die Vertreter des Herrn Morgan, wie die „marxistischen" Sozialdemokraten, sahen nur die aufgehende Dollarsonne und übersahen den Klassencharakter des gepriesenen Gutachtens.

Erst Lloyd George, der geriebenste imperialistische Politiker, schaut richtig den Dawesplan und rechnet noch mit der Arbeiterklasse als wichtigen Faktor.

„Was den Dawesplan betrifft — schreibt Lloyd George — so kann niemand vorhersagen, wie er sich auswirken wird, wenn die höheren Jahreszahlungen zu leisten sind. Ich bin skeptisch in dieser Beziehung. Ich habe niemals geglaubt, daß die deutschen Arbeiter auf Jahre hinaus bei Hungerlöhnen arbeiten werden, nur um Ausländer zu bezahlen, die ihr möglichstes tun, sich verhaßt zu machen, indem sie Teile des Landes mit Gewalt besetzen. Wenn der Protest der Arbeiter die Form einer Arbeiter-Revolte annimmt, d. h. wenn sie sich weigern, unter solchen Bedingungen zu arbeiten, dann werden es die Alliierten erheblich schwerer finden, mit ihnen fertig zu werden, als wenn es sich um eine militärische Demonstration handelte. Die Gefühle der Arbeiterklasse in der ganzen Welt und selbst in den eigenen Ländern der Alliierten würden mit den deutschen Arbeitern sympathisieren. Billige Arbeit in Deutschland wird eine Drohung gegen den englischen, französischen und belgischen Handel sein.

So hat also der Plan, der vor einem Jahr als der Stabilisierungsplan für die europäische Wirtschaft angesehen wurde, seine Kritiker gefunden — in seinen Urhebern.

Owen Young sagt, der Plan ist undurchführbar. Lloyd George schreibt, die deutschen Arbeiter werden Hungerrevolten machen.

Die Kommunisten wandten sich bereits vor einem Jahr gegen den Sachverständigenplan, von dem sie wußten, daß er weder die europäische Wirtschaft, noch die deutschen Arbeiter befriedigen konnte. Heute steht endgültig fest (selbst für die „Väter" des Planes), daß dieser Plan der amerikanischen Finanziers undurchführbar ist und daß trotzdem die deutschen Arbeiter von ihren Unternehmern ausgeplündert werden unter der Begründung: Wir müssen zahlen. Die deutschen Arbeiter werden sich solange ihr Sklavenlos gefallen lassen bis — wie nach den Worten Lloyd Georges — „der Protest der Arbeiter die Form einer Arbeiterrevolte (Revolution) annehmen wird".

44 Opfer des Grubenunglücks

Dortmund, 19. Mai

Nach Meldungen des Grubensicherheitsamtes über das Zechenunglück auf Grube „Dorstfeld" beträgt die Zahl der Toten bereits 44, von denen 43 geborgen sind; die Zahl der Verletzten 25, davon 3 lebensgefährlich.

Die enttäuschten Aufwertungsorganisationen

Berlin, 19. Mai.

Die Arbeitsgemeinschaft der Aufwertungsorganisationen läßt mitteilen, daß sämtliche Aufwertungsorganisationen einmütig jegliches Kompromiß in der Aufwertungsfrage ablehnen. Sie stimmen dabei mit ihrer mehr als 10 Millionen betragenden Anhängerschaft völlig überein. Von den Forderungen der Aufwertungsorganisationen sind sämtliche Reichstagsfraktionen unterrichtet worden, die jedoch nicht im Sinne der Forderungen gehandelt haben. Die Arbeitsgemeinschaft behält sich daher alle Schritte gegenüber den Parteien, die die Aufwertung in der Wahl versprochen hatten offen.

Aufmarsch des Königin-Luisen-Bundes

Halle, 19. Mai

In Halle haben sich tausende deutsche Frauen des Luisen-Bundes zur Bundestagung eingefunden. Frohen Herzens kamen sie aus allen Gauen des Dawеslandes, um Luischen zu gedenken.

Man wählte Halle, weil dort der Pastor Knobloch predigt, der vor kurzem wegen Sittlichkeitsverbrechens verurteilt wurde.

Die monarchistische Gefahr

Von

A. Maslow

(Fortsetzung.)

Einige Genossen verstehen das nicht. Sie haben Lenin gelesen, aber nichts verstanden. Sie haben bei Lenin zwar gelesen, daß dem Imperialismus die Tendenz zur Reaktion innewohnt, verstehen aber diesen allgemeinen Satz nicht konkret anzuwenden. Sie haben bei Lenin auswendig gelernt, daß für die Bourgeoisie die bürgerliche Republik die vorteilhafteste Form zur Ausbeutung der Massen ist, aber diesen Satz nicht verstanden. Sie haben überhaupt nichts verstanden. Sie sind jetzt so schlechte Leninisten, wie sie früher schlechte Luxemburgianer waren.

Lenin charakterisiert den Imperialismus als sterbenden Kapitalismus. Hierbei handelt es sich um eine ganze Epoche. In dieser Epoche leben wir seit etwa 25 Jahren.

Aber innerhalb des sterbenden Kapitalismus durchleben wir auch noch eine Unterepoche des um seine Existenz ringenden sterbenden Imperialismus. In dieser Epoche befinden wir uns seit 1917/1918.

Die Republik ist eine glänzende Staatsform für das Finanzkapital in der Zeit seiner majestätischen, „ruhigen", „normalen" Entfaltung. Diese Zeit geht in Europa schnell und unwiederbringlich dahin. Sie ist in Deutschland durchaus vorbei. Und unter den konkreten Umständen, unter welchen sich der geschlagene, von außen auf amerikanisch-englischen (noch nicht patentierten!) Krückstöcken „stabilisiert" daherhumpelnde „deutsche" (von Gnaden der Firma Morgan — Bank of England) Kapitalismus durch sein neuimperialistisches (afterimperialistisches) Stadium mühsam dahinschleppt, erhält die „Tendenz zur Reaktion", welche Lenin als dem Imperialismus innewohnend feststellte, die besonders neumonarchistische Färbung. Das nicht sehen, „weil bei Lenin bloß von Reaktion gesprochen ist", und „weil bei Lenin — wohlgemerkt, für eine andere Zeit — die Republik als beste Form der kapitalistischen Ausbeutung genannt ist", das ist nicht Leninismus, sondern eine Karikatur darauf.

In Lenins „Imperialismus" findet sich auch nichts über Faschismus. Nach der „Logik" dieser tiefsinnigen Genossen existiert daher so etwas auch nicht in dieser erklärtesten und in gedruckten Schriften klassifiziertesten aller Welten. Man muß solche „Leninisten" unbarmherzig verspotten: es sind Leute, welche Buchstaben und Worte lesen, den Sinn und die Methode nicht verstehen, und an denen Hopfen und Malz verloren ist, wenn man sie nicht zurecht prügelt.

Andere führen außenpolitische Gründe an als „Beweis" von der Nichtexistenz monarchistischer Tendenzen.

Auch diese Genossen urteilen oberflächlich.

Natürlich gibt es außenpolitische Schwierigkeiten. Aber wir haben ja auch noch keine Monarchie in Deutschland. Dagegen haben wir Tendenzen dazu, und zwar trotz der erwähnten Schwierigkeiten, gerade auch aus außenpolitischen Gründen.

So ist es beispielsweise für die reaktionäre englische Regierung vorteilhaft, eine reaktionäre, zum Monarchismus neigende deutsche Regierung dirigieren zu können. Man kann sie zur Bindung der Festlandsvormacht, Frankreich, benutzen, man kann auch sich mit den französischen Imperialisten auf Kosten des „gefährlich, da monarchistisch gewordenen" Deutschlands einigen. Man kann die monarchistischen Tendenzen in Deutschland fördern, indem man z. B. der Rechtsregierung („welch ein Erfolg!") ein Kolonialmandat etwa in Südwestafrika gibt, wo die Eingeborenen rebellieren, und dem Spießbürger neben der „Genugtuung" darüber, daß „wieder die deutsche Flagge auf afrikanischem Boden weht", die billige Gelegenheit gibt, sich zum Ruhme Englands dort totschießen zu lassen, man kann einen „heiligen Krieg" für die „Zivilisation" gegen die Kolonien führen, mit Hindenburg, „den Sieger von Tannenberg", an der Spitze usw.

Es gibt ja auch innenpolitische Hindernisse für die schnelle, ungeschickte Wiederherstellung der Monarchie. Das größte ist dieses: daß heute, als „Sehnsuchtstraum" des Spießbürgers, sich der kaiserliche Reichsadler als stattlicher Vogel und Fetisch präsentiert, der, einmal wirklich eingeführt, sich sehr bald als mottenzerfressene Vogelscheuche aus englischem (oder französischem) Provinzmuseum erweisen würde. Aber andererseits wird die Bourgeoisie, wenn ihre Dawesverpflichtungen beginnen werden, sich voll auszuwirken, sich sehr rasch entschließen, die Monarchie als Regierungsform mit stabiler Spitze einzuführen, und erst bei weitergehender Erschütterung der befestigten Positionen, in Verzweiflungsstimmung, würde sie die Republik der Sozialdemokraten wieder für einen Puffer-Ausweg zur Rettung ihrer Klassenherrschaft ansehen.

All das nicht zu sehen, ist wirklich Dummheit, aber nicht „kommunistische", wie sich die Genossen einbilden, die auswendig gelernte Formeln ableiern, sondern spießbürgerliche.

Die Kampflage in Marokko

Paris, 19. Mai. Das französische Oberkommando ist in den letzten Tagen ziemlich kopflos geworden und erwartet einen großangelegten Vorstoß Abd el Krims, der alle bisherigen Operationen an Heftigkeit übertreffen werde. Abd el Krim verfügt über einen ausgezeichnet organisierten Generalstab und einen vorzüglichen Nachrichtendienst.

Der französische Berichterstatter des „Petit Parisien" in Marokko erklärt jedoch, daß die Lage der Franzosen noch nicht hoffnungslos" (!) sei, wenn sofort Verstärkungen eintreffen würden.

Aufhebung des Ausnahmezustandes in Spanien

London, 18. Mai. Nach einer soeben erlassenen Verordnung der spanischen Regierung wird der Belagerungszustand über Spanien aufgehoben und die verfassungsmäßigen Bestimmungen wieder eingesetzt. Die Zensur der Presse bleibt jedoch noch beibehalten. Nach einer Meldung aus Madrid will der spanische König anläßlich seines Geburtstages die konstituelle Regierungsform wieder einführen.

Der Giftgashandel blüht

Washington, 18. Mai. Eine Abordnung der American Chemical Society stattete dem Präsidenten Coolidge einen Besuch ab und baten ihn, eine Verfügung zu erlassen, daß der Handel mit Giftgasen eingeschränkt werde. Die chemische amerikanische Gesellschaft stellte fest, daß dieser Handel äußerst gefährlich sei, da er einen erschreckenden Aufschwung annimmt.

Neue Kriegshäfen am Stillen Ozean

London, 19. Mai.

Amerika plant, auf den Hawai-Inseln im Stillen Ozean einen Kriegshafen auszubauen.

Die aus Tokio vorliegenden Berichte deuten darauf hin, daß man in Japan über diese Absicht Amerikas sehr erregt ist. Die Zeitungen richten heftige Angriffe gegen die amerikanischen Flottenmanöver und den in Aussicht genommenen Besuch der amerikanischen Flotte in Australien, und greifen auch in diesem Zusammenhang den Ausbau des englischen Kriegshafens in Singapore an.

Neue Kämpfe in China

Peking, 18. Mai. Der Militärgouverneur von Mukden Tschang Tso Lin hat starke Truppenabteilungen nach Peking geschickt, um dort die Truppen des Generals Föng juh siang anzugreifen. Die Gründe über das neue Vorrücken Tschang Tso Lins sind noch unbekannt, jedoch wird mit schweren Kämpfen gerechnet.

Ein „Arbeitermädel"

Der Roman einer Illusion.

Von Otto Müller Glösa.

I

Es gibt Menschen, die ihrem Leben mit den denkbar größten Hoffnungen gegenüber stehen, ohne indes eine Ahnung von den Bedingungen zu haben, von denen der Ablauf dieses Lebens bestimmt wird. Diese Menschen könnten mit einem Seefahrer verglichen werden, der, anstatt auf eine scharfe Beobachtung der Wetterzeichen, seine Geschicklichkeit und seinen Mut, anstatt auf eine gute Ausrüstung zu bauen, sich allein mit der „Hoffnung" auf günstiges Wetter begnügt. Solche Menschen kommen gewöhnlich zu einem „Schicksal". Das aber ist nach ihrer Meinung nur dadurch zu beeinflussen, daß sie „artig" und „gut" sind. Da man aber nicht jeden Augenblick genau wissen kann, wie man sich betragen muß, um „artig" und wie man handeln muß, um „gut" zu sein, enden diese Menschen doch bei einer Klage gegen das „böse Schicksal", dem übrigens noch viele dumme Zufälle die Geschäfte besorgten.

In dieser Art Menschen gehörte Rosa Berger. Ihr Denken erfüllte sich von Kindheit an mit den Hoffnungen auf günstiges Wetter für ihr persönliches Glück. Dazu ermunterte sie die Tatsache, von Eltern geboren zu sein, die nicht ärmer waren als arm. Sie wußte jedenfalls von Kindern in ihrer Nachbarschaft, denen noch mehr versagt wurde als ihr. Dagegen bekam sie manchen Wunsch erfüllt, den viele ihr bekannte Kinder gar nicht erst zu äußern wagten, weil die Eltern ihn nicht hätten erfüllen können. Auch zu Hause offenbarte sich diese Ueberlegenheit der Bergerschen Familie gegenüber vielen anderen Arbeiterfamilien. Wenn Rosa entgegen ihrem Grundsatze doch einmal ein fremdes Kind mit in die Wohnung genommen hatte, so bekam sie in der Regel zugeflüstert: „Bei Euch ist es aber fein!"

In der Tat ging es in der Familie Berger ebenfalls „ordentlich" zu. Das „Familienoberhaupt", der Metallhobler Emil Berger, sah seine Ehre darin, „ein solider Mann" zu sein und alles geregelt zu haben. Schon seine Wohnung befand sich in einem Hause, mit dem man „sich sehen lassen konnte". Es wohnten in ihm „nicht nur Arbeiter". Die Wohnung bestand aus Küche, „guter Stube", kleiner Stube und Schlafstube. Alle Zimmer bejahten eine „anständige Einrichtung. In der Küche stand ein Küchentisch, Küchenschrank, Waschtisch, Schrank für die Wochentagskleider, ein Tisch, an dem gewöhnlich gegessen wurde, eine lange Ofenbank, unter deren Sitz sich ein Kasten für das Putzzeug befand. Ein Wandschrank, in dem sich die kleine Hausapotheke und einige hygienische Gegenstände befanden, hing über dem Küchentisch. In der sogenannten guten Stube stand ein breiter Garderobenschrank, ein Vertiko, voll Wäsche gepackt, ein Plüschsofa mit einem „geschmackvollen Umbau", ein großer Ausziehtisch und ein kleiner Nähtisch. Ferner ein hoher Spiegel, auf einem speziellen Tischchen stehend, und an der Wand, über dem Sofa, in der Mitte, hing ein moderner Regulator, eine Uhr, die sich in dieser Qualität auch nicht viele Arbeiter leisten konnten. Auf dem Tisch lag eine große farbige Plüschdecke und auf ihr gehäkelte Läufer. Darauf stand eine breit ausladende Fruchtschale, in dem nach oben spitz auslaufenden Kelch mit künstlichen Blumen geschmückt und in seiner Schale die wenigen Briefe und Ansichtskarten tragend, die im Laufe des Jahres an die Familie Berger geschrieben worden waren.

An der Wand hingen rechts und links über dem Sofa je ein Stahlstichbild im Rahmen. Diese Bilder waren vor einigen Jahren vom Bildungsausschuß der Gewerkschaften ausgestellt und warm empfohlen worden. Daß Bergers sie gekauft hatten, betrachtete man als einen „Tribut an die moderne Kunst". Auf den zwei kleinen Konsolen des Sofa-Umbaues standen [illegible] und trugen je eine große Vase im Jugendstil. An der Vorderseite dieser vierteiligen Vasen klebte je eine große Schwalbe, die ihre Flügel soweit ausstreckte, daß es schien, als wolle der Vogel mitsamt der Vase augenblicklich von dannen fliegen. Links vom Sofa, zwischen diesem und dem Vertiko, hing ziemlich hoch ein großes gerahmtes Bild, das in sich die vielen Photographien einer ganzen Kompagnie Soldaten vereinigte. Inmitten dieser vielen gleichgroßen Photographien ragte das Bild Emil Bergers hervor und ließ erkennen, daß er es bis zum Gefreiten gebracht hatte. Darunter die Parole: „Reserve hat Ruh!" Auf dem Vertiko standen eine Anzahl Nippsachen, die der Familie Berger aus irgendeinem Anlasse geschenkt worden waren. Es gab da einen „kühn gekleideten Schäfer, der eine keusche Jungfrau zart umarmte", während zu ihren Füßen zwei „fromme Schäfchen" ruhten. Dann ein Engel, der neben einem Amboß stand, um einen „Ring des Glückes" zu schmieden; und gleichsam als ein Gegenstück ein anderer, der bereits zwei Ringe aneinandergeschmiedet hatte und diese dem Beschauer empfehlend entgegenhielt. Da war ein Mädchen mit einem roten Käppchen, dem der Wolf verdächtig zur Seite schritt, und daneben eine Schöne, die ihre Arme unschicklich weit und verlangend ausstreckte, als wünsche sie dabei von ihrem Liebsten überrascht zu werden. Daneben ein Storch mit einem Wickelkind und in der Nähe noch ein anderer venezianischer Wasserträger, mit nur noch einem Eimer. Dazwischen waren noch einige Braut- und Soldatenbilder aus dem Verwandtenkreis der Familie Berger aufgestellt.

In der Schlafstube ging es ebenfalls „ordentlich" zu. Die zwei Betten, in denen Herr und Frau Berger schliefen, waren aneinandergestellt, „wie es sich für rechtschaffene Eheleute geziemt". An ihrer Kopfseite hatte Frau Berger „mit wenigen Mitteln, aber mit um so mehr Phantasie ein Tucharrangement an der Wand befestigt, so daß die Illusion, in einem sogenannten „Himmelbett" zu liegen, „beinahe" geschaffen war. Zur Krönung des Ganzen befand sich inmitten dieses Arrangements aus vorwiegend blauem Tuch ein gestickter Spruch, lautend: „Streut Blumen der Liebe zur Lebenszeit und bewahret einander vor Herzeleid." Rosas Bett stand in einer Ecke. Die Schlafstubentüre ließ Frau Berger gewöhnlich weit geöffnet, weil sie die Ansicht hegte, ihre Schlafstubeneinrichtung sei ungewöhnlich schön und verdiene von jedermann gewürdigt zu werden; tatsächlich hatte sie schon manches bewundernde Wort über ihr „herrliches Himmelbett" gehört.

(Fortsetzung folgt.)

Ueber politische Lage, Aufgaben und Taktik der Partei

Resolution des Zentralausschusses

II. Unsere Aufgaben

Die Aufgaben unserer Partei sind durch den Januar-Z.-A. vollkommen richtig bestimmt worden. Die Sammlung der Massen um Teilforderungen zu Teilkämpfen, die Eroberung der Gewerkschaften und die Schaffung fester Positionen in den Betrieben bleibt unsere dringendste Aufgabe. Angesichts der politischen Zuspitzung und der Korrumpierung großer Teile der Arbeiterschaft durch die bürgerliche Reichsbannerpolitik ist es jedoch notwendig, die wirtschaftlichen Forderungen enger mit politischen zu verknüpfen und der Politik durchaus die beherrschende Rolle zu sichern; den Kampf gegen die Kapitalsoffensive, gegen die Dawespolitik mit dem Kampf gegen die monarchistische Reaktion zu verbinden und zu beweisen, daß die ökonomischen Verbesserungen von politischen Erfolgen abhängen. Nur wenn wir den Zusammenhang zwischen der von der SPD. propagierten Dawespolitik und dem Vormarsch der imperialistisch-monarchistischen Reaktion klar aufzeigen und die antimonarchistischen Kampfforderungen mit den wirtschaftlichen Klassenforderungen des Proletariats und unseren Endlosungen propagandistisch verknüpfen, werden wir die Führung im Kampfe gegen die Reaktion erringen, die Zersetzungsmanöver der SPD. parieren und proletarische Rebellion im Lager der SPD. fördern und auch die kleinbürgerlichen, von der Hindenburgpolitik bedrohten Schichten unter unsere Führung bringen und zu Verbündeten des Proletariats machen. Unser Kampf für Teilforderungen findet zunächst seinen organisatorischen Sammelpunkt in der Kampagne zur Vorbereitung des ADGB.-Kongresses und der Verbandstage. Er muß politisch konzentriert werden auf die Propaganda der internationalen und nationalen Gewerkschaftseinheit (Anschluß der deutschen Gewerkschaften an das anglo-russische Einheitskomitee. Entsendung von Gewerkschaftsdelegationen nach Rußland) zur Abwehr der internationalen Kapitalsoffensive und des drohenden imperialistischen Krieges. Die Einbeziehung der Wirtschaftskämpfe in diesen Zusammenhang ist zu ihrer Stärkung und Zusammenfassung notwendig. Die Fragen: Was tut der ADGB. gegen die Hindenburg-Luther-Reaktion, für den Achtstundentag, für die Amnestie, für die Gewerkschaftseinheit? — müssen bei der Arbeit im Proletariat im Vordergrunde stehen. Gleichzeitig müssen wir unsere konkreten Steuerforderungen stellen und um diese nicht nur die Proletarier, sondern auch die Kleinbürger und Bauern sammeln, und zwar so, daß wir den politischen Sinn unseres Kampfes klarmachen, ohne daraus ein Steuerprogramm zur Rettung des Proletariats vor dem Dawesplan zu machen.

Wir müssen den Arbeitern zeigen, daß nicht die formell gestellte Frage: „Republik oder Monarchie?" im Mittelpunkt steht, und daß die SPD. diese Frage nur aus demagogischen Gründen in den Vordergrund rückt, um mit allgemeinen republikanischen Phrasen, die zu nichts verpflichten, ihre bürgerliche Politik, die Koalitionspolitik, zu rechtfertigen, während sie selbst, demagogisch und stumpfsinnig zugleich, gar nicht an die vorhandene monarchistische Gefahr glaubt. Wir müssen dagegen auf die Frage des Kampfes gegen die monarchistische Reaktion eine konkrete, dem Arbeiter verständliche Antwort geben, durch die er von der Notwendigkeit unseres Endzieles und unserer Kampfmethoden überzeugt wird. Nur wenn wir diese Frage als Klassenfrage stellen und beantworten, den Zusammenhang mit der Dawes situation herstellen, die Scheinopposition der SPD. und der anderen „republikanischen" Parteien entlarven, werden wir die Aktivität der proletarischen Massen, die jetzt durch das Reichsbanner in die Bahn der bürgerlichen Politik gelenkt wird, in die Bahn der proletarischen Revolution lenken.

1. Im Vordergrund muß der außenparlamentarische Kampf gegen die monarchistische Reaktion und gegen die Kapitalsoffensive stehen, die Sammlung des Proletariats (Gewerkschaftseinheit, Betriebsrätebewegung, Rote Frontkämpfer), das Bündnis aller Werktätigen gegen die Ausbeuter und ihre Regierung, ihre Monarchie.

2. Wir müssen für die demokratischen Rechte der Arbeiterschaft gegen die Reaktion kämpfen, gleichgültig, ob diese als monarchistische Restauration oder als legale „republikanische" Verfassungsreform auftritt. Wir müssen zeigen, daß die bürgerliche Demokratie weder den gewaltlosen Uebergang zum Sozialismus ermöglicht, noch auch nur Sicherheit vor der Reaktion gibt, daß sie aber im Vergleich mit einer absolutistischen monarchistischen Staatsform den Klassenkamp erleichtert, weil sie die Klassenfragen offener, unverhüllter zu stellen erlaubt, breiteren Massen die Teilnahme am politischen Leben eröffnet, die bürgerlichen Cliquen leichter in ihre Fraktionskämpfe bringt und so das Proletariat stärkt, wenn es diese Erscheinungen auszunutzen versteht. Die entscheidende Frage ist aber nicht die der Staatsform, sondern die des Machtverhältnisses der Klassen. Solange die reaktionäre Bourgeoisie die gesamte Staatsmacht ungehindert durch die Klassenkraft des Proletariats ausübt, ist der Vormarsch der Reaktion und die Einschränkung auch der elementarsten bürgerlich-demokratischen Rechte der Arbeiterschaft unvermeidlich. Der Kampf gegen die monarchistische Reaktion kann nur unter der Führung des Proletariats als Klassenkampf geführt werden. Wir Kommunisten betonen, daß wir diesen Kampf gegen die monarchistische Reaktion in jeder Form zu führen und zu unterstützen bereit sind, daß wir aber dabei auch nicht das geringste aufgeben von unseren Grundsätzen, d. h. daß wir wissen: ohne Diktatur des Proletariats und Räterepublik gibt es keine stabile Republik und keine Garantie vor Reaktion und Monarchie.

3. Um die durch den Republikschwindel irregeführten Massen von der Richtigkeit dieser Grundsätze zu überzeugen und ihnen so die Notwendigkeit des selbständigen Vorgehens des Proletariats gegen die schwarz-weiß-rote und die schwarz-rot-gelbe Gruppe der Bourgeoisie begreiflich zu machen, um ihnen zu zeigen, daß die „republikanischen" Parteien keinen ernsthaften Schritt gegen die monarchistische Reaktion tun wollen und können, müssen wir

a) in Verbindung mit unseren Forderungen gegen den Dawesplan diejenigen politischen Teilforderungen propagieren, die ein Mindestprogramm zur Niederschlagung der monarchistischen Reaktion und zur Sicherung der elementarsten demokratischen Rechte der Arbeiterschaft enthalten;

b) uns bereit erklären, mit der SPD. und den „republikanischen" Parteien von Fall zu Fall zusammenzugehen, soweit sie die elementarsten Mindestforderungen erfüllen, wobei wir von vornherein wissen, daß, falls ein solches Zusammengehen zustande kommt, erstens unsere zeitweiligen „Verbündeten" — verbündet durch ein zeitweiliges gemeinsames Ziel (zum Beispiel in einer ähnlichen Situation wie beim Kapp-Putsch) — immer unsere Feinde sind und sich in einem bestimmten Augenblicke als solche demaskieren müssen, zweitens, daß nicht wir mit ihnen, sondern sie mit uns gehen (gezwungen durch Massendruck und durch unsere Initiative), und drittens, daß sie in jedem Augenblick uns und die Massen zu betrügen bereit sind, was wir vorher sagen.

Da diese Mindestforderungen zu ihrer Durchführung eine vollkommene Zersetzung des heutigen Staatsapparates der Bourgeois-Republik bedingen, weil dieser in der Hand der Monarchisten ist, werden wir gerade durch ein solches Manöverieren eine konkrete, den Massen verständliche Propaganda für den die Republikaner weder kämpfen können noch wollen, und proletarischen Staat entwickeln können und beweisen, daß daß ihre Republik verloren ist.

III. Mehr Manövrierfähigkeit

Unsere grundsätzliche unversöhnliche Haltung als Klassenpartei des Proletariats, die sich niemals mit bürgerlichen Parteien, wie die SPD. eine ist, aussöhnt, sondern in jeder Situation den schärfsten Kampf gegen sie führt, ist vollkommen richtig und darf gerade in der gegenwärtigen Zeit „zwischen zwei Wellen der Revolution", wo Rückschläge der Bewegung liquidatorische Tendenzen begünstigen, unter keinen Umständen irgendwie abgeschwächt werden. Ein Fehler der Partei bestand jedoch darin, daß wir nicht genügend imstande waren, die Richtigkeit unserer Politik den Massen verständlich zu machen. Das lag an einer oft zu abstrakten Propaganda und am Mangel an Manöverierfähigkeit trotz erkannter Notwendigkeit des Manövrierens.

Das tiefe Mißtrauen innerhalb der Parteimitgliedschaft gegen jedes Manöver auch im Sinne bolschewistischer taktischer Manöver, im Sinne der Beschlüsse des Frankfurter Parteitages und des 5. Weltkongresses, das als Folge des Bankerotts der opportunistischen Politik, Strategie und Taktik der Brandler-Zentrale zurückgeblieben war, hat die Partei bisher oft verhindert, zur Entlarvung des Gegners richtig zu manöverieren. Solange die Partei nicht die grundsätzliche Festigkeit hatte, die allein ein richtiges Manöverieren ermöglicht, solange die rechten Fraktionsmacher in ihrer Mitte noch nicht genügend politisch zurückgewiesen waren, mußte sie beim Manöverieren sehr vorsichtig sein. Gegenwärtig hat die Partei bereits so viel grundsätzliche Klarheit erlangt und durch den von der Exekutive der Komintern gebilligten Kampf gegen den Brandlerismus die rechten Fraktionsmacher so sehr zurückgedrängt, daß eine größere Manöverierfähigkeit unserer Taktik ohne das Ueberhandnehmen opportunistischer Tendenzen möglich ist. Der Januar-Z.-A. tat den ersten Schritt in dieser Richtung, indem er die Teilforderungen und Kämpfe in den Mittelpunkt der Parteiarbeit stellte. Wir müssen jetzt die wirtschaftlichen Teilforderungen mehr mit politischen verknüpfen und gegenüber SPD., ADGB. und schwarz-rot-goldenem Block so manöverieren, daß die proletarischen und halbproletarischen Massen erkennen: der einheitliche Kampf gegen die Reaktion scheitert nicht an irgendwelchen ihnen unbegreiflichen „Moskauer" Grundsätzen der KPD., sondern an der Unmöglichkeit, im Bunde mit den bürgerlichen Parteien einen ernsthaften Kampf gegen die bürgerliche Reaktion zu führen.

Bei den Präsidentenwahlen war unsere Aufgabe, zu zeigen, daß der schwarzrotgoldene Block keinen ernsthaften Kampf gegen die monarchistische Gefahr führen will und kann, daß die SPD. an ihren bürgerlichen Bundesgenossen trotzdem oder gerade deshalb festhält und die Klasseneinheit des Proletariats bewußt zum Nutzen der Bourgeoisie zerschlägt. Diese Aufgabe wäre wesentlich gefördert worden durch ein Manöverieren im Sinne der Vorschläge der deutschen Delegation und des Präsidiums der Komintern. Wir hätten dadurch der Arbeiterschaft den Weg der Einigung auf einen wirklichen Kampfkandidaten gegen die monarchistische Reaktion, eines wirklichen Kampfbündnisses auf Grund eines republikanischen Minimalprogramms gezeigt und die Schuld der SPD. am Siege der bürgerlichen Reaktion vor der gesamten Oeffentlichkeit festgenagelt. Dadurch wäre bewiesen worden, daß das einzige wirkliche Kampfbündnis die Rote Front aller Ausgebeuteten unter Führung der KPD. ist. Damit hätten wir die Notwendigkeit der kommunistischen Kandidatur verständlicher begründet und die Zersetzung innerhalb der SPD. sehr gefördert.

In der Preußenfrage haben wir zu wenig getan, um unsere Haltung als notwendig begreiflich zu machen und den SPD.-Schwindel, „die Kommunisten, die Steigbügelhalter der Reaktion" zu zerstören. Wir müssen die Frage des Regierungsprogramms in den Vordergrund stellen und unsere Gegnerschaft gegen die bürgerlichen Koalitionsregierungen mit ihrer Ablehnung der elementarsten Minimalforderungen begründen. Aehnlich müssen wir in den anderen Parlamenten und in den Gemeinden vorgehen.

In einer Situation, wo unsere Partei das Zünglein an der Wage zwischen einer rechts- und einer sogenannten Linksregierung bildet, ist es durchaus zulässig, und unter bestimmten Verhältnissen geboten, eine solche Parlamentstaktik zu befolgen, daß wir der „Linkskoalition gegen der Rechtskoalition die Existenz ermöglichen. Dabei müssen wir mit aller Klarheit offen erklären, daß dies nicht geschieht, weil die revolutionäre Arbeiterschaft von der SPD. und den „republikanischen Parteien" irgend etwas Besseres zu erwarten hat, als von den offenen Monarchisten, sondern gerade zu dem Zweck, um den Massen, die zu diesen Parteien noch Vertrauen haben zu zeigen, daß sie ebenso reaktionär und arbeiterfeindlich sind, wie die offenen reaktionären Parteien. Wenn die KPD. eine solche Taktik benützt, um die Massen außerhalb des Parlaments gegen die schwarzrotgoldenen Parteien und ihre Regierung zu mobilisieren, so hat diese Taktik nicht das geringste mit einer sozialdemokratischen oder brandleristischen Koalitionspolitik gemein. Sie ist jedoch nur dann richtig und zulässig, wenn noch nicht die Möglichkeit besteht, eine solche Regierung durch eine proletarische Massenbewegung zu stürzen.

Der Sowjetkongreß

(Eigener Drahtbericht.)

Moskau, 17. Mai.

In der Diskussion über den Bericht des Vorsitzenden des Obersten Wirtschaftsrates, Dzerjinski, über den Stand der Industrie opponierten eine Reihe Delegierter aus den Industriebezirken über die von der Regierung begonnene Hebung der Einfuhr. Es sei dadurch eine Schädigung der einheimischen Industrie zu befürchten. Dzerjinski antwortete darauf, daß für die Industrie, die sich dem Vorkriegsstand nähere, ein schnelles Instandsetzen der Maschinen notwendig sei, und deshalb die Einfuhr gehoben werden müßte. Die Nachfrage der Bauern landwirtschaftlichen Maschinen wäre so groß, daß die Sowjetistischen Maschinenfabriken, von denen einige sogar die Vorkriegsproduktion überschritten haben, die Gesamtnachfrage nicht befriedigen könnten. Es müßten landwirtschaftliche Maschinen im Werte von 17 Millionen Rubel importiert werden. Dzerjinski mißt eine große Bedeutung der Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen dem Wachsen der Produktivität der Arbeit und dem Arbeitslohn zu, der durchschnittlich 78 Prozent der Vorkriegszeit erreicht und in einigen Industriezwergen über dem Vorkriegsniveau steht.

Danach hielt Kalinin einen umfangreichen Vortrag über die Arbeit an der Vervollkommnung der lokalen Sowjetbehörden. Er stellte folgende Aufgaben der Regierung auf diesem Gebiete fest: Die Verschärfung der Maßnahmen zur Heranziehung der Bauernschaft zur Arbeit in den Sowjets, die Vergrößerung der Verantwortung der Sowjetmitglieder vor ihren Wählern zwecks breiterer Kritik der behördlichen Maßnahmen, die Heranziehung derjenigen zur gerichtlichen Verantwortung, die beschuldigt sind, die Wahlen gesetzwidrig durchgeführt zu haben, wobei auch die Wahlen für ungültig erklärt werden, die Heranziehung der breiten Bevölkerungsschichten zur Gerichtsbarkeit, die Verminderung der Gerichtsstrafen für Steuer- und andere Vergehen, dagegen Vergrößerung der Strafen wegen dienstlicher Uebergriffe.

In der Diskussion traten vierzehn Bauernvorsteher auf, die über die bereits eingeleiteten Maßnahmen, auf die Kalinin hinwies, aussagten, daß sie vollständig den Anforderungen der Bauernschaft entsprechen.

Der Kongreß nahm einstimmig die Diskussion über Kalinins Vorschläge, ebenso einstimmig einen Beschluß mit der vollen Gutheißung der Innen- und Außenpolitik der Unionregierung an.

Dieser Beschluß weist im besonderen darauf hin, daß folgendes der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken keine Furcht um die Bewahrung des Friedens einflößen kann: die Unfähigkeit des Kapitalismus, eine dauernde, gleichmäßige Ordnung herzustellen, die Entwicklung der Antagonismen zwischen einzelnen Ländern, das starke Anwachsen der Rüstungen, die Angriffe der Reaktion, das Auftauchen von Versuchen die feindliche Umzingelung der Sowjetunion in Gestalt von Kriegsgeräten Verträgen zu erneuern, sowie die Unterstützung der Maßnahmen einiger Länder gegen die Union, schließlich auch die Hetze mit den falschen Dokumenten.

Die wichtigsten Richtlinien des Kongresses für die Regierung sind der Kampf um den Frieden, Entwicklung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen, die Sorge um den Schutz der Grenzen der Sowjetunion.

Die Revolution stellt den Umfang der errungenen Erfolge fest (Aufstellung eines defizitlosen Budgets) und weist auf die wichtigsten Wirtschaftsaufgaben hin, wie die Erneuerung der Industrie auf zeitgemäßer technischer Grundlage, die Intensivierung der Landwirtschaft und auf die Vergrößerung

Sawinkows Selbstmord und die Sowjet-Regierung

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 19. Mai.

Sawinkows Selbstmord wird von einer Reihe von Zeitungen, namentlich vom „Vorwärts", der russischen politischen Polizei, der sogenannten Tscheka, zur Last gelegt. Die russische Regierung und also auch die Tscheka hatten selbstverständlich das größte Interesse an der Erhaltung des Lebens Sawinkows. Dieser war ohne Zweifel der rührigste Gegenrevolutionär, ehe er im vorigen Jahr nach Rußland zurückkehrte. Nach seinem Prozeß war er der russischen Regierung besonders aus inneren propagandistischen Gründen überaus wichtig, hat es Sawinkow doch in seinem Prozeß erklärt:

„Ich erkläre ohne irgendwelchen Zwang, freiwillig, und nicht darum, weil man mit Gewehren hinter meinem Rücken steht: Ich erkenne die Sowjetmacht und keine andere vorbehaltlos an. Und zu jedem Russen, zu jedem Menschen, der sein Vaterland liebt, sage ich, der ich diesen ganzen, schweren und blutigen Kampf gegen euch mitgemacht habe, der euch bekämpft hat wie kein anderer: Wenn du ein Russe bist, wenn du dein Vaterland und dein Volk liebst, dann beuge dich vor der Arbeiter- und Bauernmacht und erkenne sie ohne Vorbehalt an."

Die Umkehr Sawinkows, seine Bereitwilligkeit als Funktionär Sowjet-Rußlands in irgendeiner taktischen Stellung tätig zu sein, gehörte zweifellos zu den größten moralischen Erfolgen der Sowjet-Regierung.

Das Ende des Sinowjewbriefschwindels

London, 18. Mai. Der Generalrat der englischen Gewerkschaften hat dem Bericht der Kommission zugestimmt, die sich mit dem Sinowjewbrief beschäftigt hatte. Der Bericht kommt zu dem Schlusse, daß es sich bei dem Brief um eine Fälschung handelt.

Österreichische Eisenbahner-Delegation nach Rußland

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 18. Mai.

50 österreichische Eisenbahner, Sozialdemokraten und Kommunisten, werden in den nächsten Tagen als Gäste der Eisenbahner-Gewerkschaft in Rußland eintreffen. Die Eisenbahner würden ihre Reise schon angetreten haben, wenn nicht die österreichische Regierung der Delegation bisher die Reiseerlaubnis vorenthalten hätte. Es kann aber damit gerechnet werden, daß diese Schwierigkeit in Kürze beigelegt ist.

Politische Situation und Parteiorganisation

Zur Lage in der KPD.

Der J.-A. hat getagt und äußerst wichtige Beschlüsse gefaßt über die zu machende Politik der Partei während der Zeit zwischen zwei Wellen der Revolution. Die Politik der Sammlung der Massen, der Ausbildung im Kleinkriege zum Kampfe gegen alle das Proletariat bedrohende Gefahren aus der Dawesierung und der damit sich entwickelnden monarchistischen Reaktion ist die Politik der revolutionären proletarischen Organisation in einer der schwersten für die Partei sich ergebenden Situation. Die Sammlung der Massen um Teilforderungen zu Teilkämpfen unter Anwendung der Einheitsfronttaktik und der von Brandler grundverschiedenen Art, daß wir nicht die SPD. als großen verirrten Bruder behandeln, den wir retten wollen, sondern als den Feind, der im Lager der Arbeiter als Agent der Bourgeoisie steht, dem wir die Massen abnehmen müssen.

Jawohl, die Partei ist auf dem Wege der Bolschewisierung!

Sie sieht die Gefahren des Opportunismus bei einer solchen Politik und muß also mit aller Kraftanstrengung die Mitgliedschaft zusammenreißen, um der sich aus ihr ergebenden Aufgaben wirklich Herr zu werden. Eroberung der Gewerkschaften ist die dringendste Aufgabe. Und trotz der alljährigen an uns vorbeigeschlichenen Betriebsrätewahl steht die Eroberung der Betriebsräte immer auf der Tagesordnung. Unter Ausnutzung und Förderung der proletarischen Rebellion innerhalb der SPD. gilt es, die Vorbereitungen zu treffen zur Kampagne für den ADGB.-Kongreß und die Verbandstage. Die Frage, was tut der Verband, der ADGB. gegen die Hindenburg-Luther-Reaktion, für den Achtstundentag, für ausreichende Löhne, für Amnestie, für die Gewerkschaftseinheit? — steht bei unserer Arbeit im Vordergrund.

Die Bourgeoisie schreit: Das Gesicht der KPD. des Leipziger Spitzelprozesses ist nicht das gefährlichste in der heutigen Situation. Viel gefährlicher ist das der Thesen des J.-A. und somit besteht die Gefahr des Bolschewismus nach wie vor sehr stark. Jawohl, Genossen, wir allein sind die Gefahr, wir allein sind berufen, in der kommenden Zeit die Führung zu übernehmen in allen Kämpfen unserer Klasse als einzigste Arbeiterpartei. Wenn wir dies schon, heißt es, alle Mann an Bord, alle, je nach Befähigung an den richtigen Platz gestellt, im Betrieb, im Kontor, auf dem Gut. Jeder wird Parteiarbeiter; Berufs- und keine Gelegenheitskommunisten wollen wir sein. Wir brauchen eine Organisation, eine wirkliche schlagfertige, innerlich gefestigte, bewegliche nicht schwerfällige, auf jede politische Veränderung der Dinge reagierende Parteiorganisation. Das Schwergewicht unserer Arbeit liegt immer und dennoch in den Betrieben, denn außerparlamentarisch werden sich die Kämpfe abwickeln. Vom Betrieb aus Eroberung der Gewerkschaften, Eroberung der Einheitsfront des Proletariats, zum Kampf gegen die Lutherreaktion.

Die Betriebszellen sind die Träger der Bewegung für die Erhaltung der demokratischen Rechte der Arbeiterschaft und ihrer Erweiterung, sind Motoren im Kampfe für die Macht der Räte. Nur die Betriebszellen und Gewerkschaftsfraktionen können die infolge des Republikschwindels irregeführten Massen von der Richtigkeit unserer Grundsätze überzeugen und ihnen die Notwendigkeit des selbständigen Vorgehens der Arbeiterklasse gegen die schwarzweißrote und schwarzrotgelbe Gruppe der Bourgeoisie begreiflich machen. Im Betrieb unter dem Drucke des schändlichen Akkordsystems der langen Arbeitszeit, der schlechten Entlohnung, der Steuerlast und bei der oftmals trockenen Stulle, ist der Arbeiter am besten empfänglich für unsere Propaganda und Agitation. Vom Betrieb aus muß der Bourgeoisie in die Ohren gellen der Massenruf:

Nieder mit der monarchistischen Reaktion!

Wenn du das willst, lieber Genosse, dann helfe mit. Dich brauchen wir noch, ermuntere die Lauen und Müden, schaffe Betriebszellen. Jeder Betrieb soll unsere Burg sein!

Wenn du das siehst und verstehst und dann weiter denkst, schon an die im Lager der Bourgeoisie entstehenden Schwierigkeiten selbst, und der naturnotwendig stärker anwachsenden roten Klassenfront, dann mußt du auch wissen und sehen, daß der kapitalistische Staat der Bourgeoisie alles versuchen wird, gegen uns, gegen unsere Partei vorzugehen, um mit allen Mitteln uns zu hindern und zu stören in unserer Arbeit oder noch gar zu verbieten. Wollen wir uns verbieten lassen? Nein. Dann wisse, daß nur die Betriebszellenorganisationsform die einzig richtige ist, mit der wir ernsthaft Widerstand leisten, mit der wir die Macht des Feindes brechen können.

Wir erkennen unsere Pflicht, machen richtige Politik auch in der Organisation in den Betriebszellen.

Aus aller Welt

„Zeppelin" im Dienste des Alkoholschmuggels. Ebenso wie auf allen anderen Gebieten, werden auch auf dem Gebiete des Alkoholschmuggels ständig neue Fortschritte gemacht. Am weitesten ist man in dieser Beziehung, abgesehen von Amerika, in Norwegen gelangt, wo die Schmuggler jetzt nur noch „Zeppeline" anwenden. So wird wenigstens von den Schmugglern ein Apparat genannt, der von den Booten an einer Leine unter der Oberfläche durch das Wasser gezogen wird. Die früher angewandten „Torpedos", die unter dem Boot befestigt waren, sind vor den Augen der Zollwächter nicht mehr sicher, und man spricht jetzt nur noch von „Zeppelinen". Eigentlich ist es ja irreführend, einen Fisch mit dem Namen eines Vogels zu belegen, aber der Name ist nun einmal da und hat sich eingewurzelt. Ein „Zeppelin" ist ein mehrere Meter langes Eisengestell mit einigen Querwänden und kann ungefähr 20 Kannen Sprit aufnehmen. Es wird unter dem Wasser von dem Boot geschleppt, und läßt sich ein Zollboot sehen, so wird die Leine gekappt. Da die Schmugglerboote größeren Tiefen aus dem Wege gehen und die Versenkungsstelle durch einen Blick auf die Fjordlandschaft nach den Seiten und nach vorn sich ganz gut merken läßt, bietet das Auffischen später keine Schwierigkeiten, wenn die Luft wieder rein ist. Es ist bezeichnend, daß es der Zollbewachung in der letzten Zeit äußerst selten gelingt, Sprit auf dem Wasser zu beschlagnahmen. Die meisten Schmuggler werden nunmehr dabei ertappt, wenn sie den Alkohol auf dem Landwege oder mit der Eisenbahn weiter ins Land bringen. Dabei kann man aber nur einen geringen Bruchteil der Missetäter auf frischer Tat ergreifen. Für die Schmuggler haben die „Zeppeline" den Vorteil, daß sie nicht mehr die kostspieligen Motor-Rennboote anzuwenden brauchen. Jetzt sieht man nur noch die gewöhnlichen Gebrauchsmotorboote, deren Anschaffung und Betrieb weit billiger ist.

Gold auf dem Meeresgrunde. Aus Athen wird berichtet: Mit der unterseeischen Suche nach Gold, das vor einem Jahrhundert verloren gegangen ist, ist jetzt begonnen worden. Taucher stiegen in die Tiefen der Navarino (Pylos) -bucht hinab, die sich an der Südwestküste Griechenlands befindet, in der angenehmen Hoffnung, einen Schatz zu finden, der auf mehr als zweimal Hunderttausend Mark geschätzt wird. Dieser ungeheure Schatz ging am 20. Oktober 1827 verloren, als die vereinigten Flotten Englands, Frankreichs und Rußlands unter dem Admiral Codrington die türkische und ägyptische Flotte schlugen und zerstörten. Mehr als dreißig Schiffe wurden in die Luft gesprengt oder brannten zusammen, meist von den Türken selbst angezündet. Und mit den Schiffen versank das Gold, das sie trugen, in den Fluten. Nach diesem Golde wird jetzt Jagd gemacht.

Aus den Gerichtssälen

Der Friseurgehilfe Paul Täuber aus Breslau war im Sommer vorigen Jahres lange Zeit arbeitslos und befand sich daher in der größten wirtschaftlichen Notlage. Er hat Frau und Kind und die Sätze der Erwerbslosenunterstützung sind bekanntlich so bemessen, daß es nicht zum Sattessen reicht, zum Verhungern aber zu viel ist. Um sich ein paar Groschen zu verdienen, ging er einige Zeit lang jeden Sonntag morgen einige Bekannte rasieren. Ein Friseurmeister, der auf irgendeine Art davon erfahren hatte, hatte natürlich nichts Eiligeres zu tun, als diese verbrecherische Tat anzuzeigen. Paul Täuber hatte sich nun am 13. Mai vor dem Schöffengericht wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung zu verantworten. Der Angeklagte war wegen desselben Deliktes bereits mit 300 Milliarden Mark vorbestraft. Diese Strafe datierte aus der Inflationszeit, wo er wöchentlich eine so horrende Summe verdiente, daß er sich am Lohntage ein Brot und zwei Pfund Margarine davon kaufen konnte. Er war also auch damals gezwungen, wenn er nicht verhungern wollte, sich nach einem Nebenerwerb umzusehen. — Der als Zeuge fungierende Friseurmeister beklagte sich, daß der Angeklagte ihm einen so großen Teil Kunden entzogen hätte, daß er dadurch sehr geschädigt worden sei. Das Gericht war so gnädig, dem Angeklagten eine gewisse Notlage zuzubilligen. Trotzdem verurteilte es den Angeklagten zu einer Geldstrafe im Nichtbeitreibungsfalle zu 5 Tagen Haft. Der Richter ermahnte den Angeklagten noch, sich in Zukunft nichts zuschulden kommen zu lassen, da er sonst eine viel höhere Geldstrafe zu gewärtigen habe. Der Richter, der natürlich ein ganz anderes Einkommen hat wie ein Friseurgehilfe, weiß doch etwa nicht, was Hunger bedeutet. **Rot.**

Arbeiterliteratur

Verhindert den dreifachen Justiz-Mord! — fordert eine Broschüre auf, die soeben im Neuen Deutschen Verlag erschienen ist. Sie erhebt Protest gegen die drei Todesurteile der Klassenjustiz, die den Abschluß des Leipziger „Tschekaprozeß" bilden, und ruft alle menschlich Denkenden auf, die Vollstreckung des Schandurteils verhindern zu helfen.

In der Broschüre sind die Aeußerungen einer Reihe von Sachverständigen und gutinformierten Persönlichkeiten über diesen Prozeß, die sie zum Teil in der Presse niedergelegt haben, zusammengestellt. Als Einleitung gibt Willi Münzenberg, M. d. R., einen kurzen Bericht über Zustandekommen, Tendenz und Handhabung des Prozesses. Felix Halle beleuchtet den Verlauf des Prozesses in seiner Bedeutung für die bürgerliche Rechtspflege, deren „Niedergang vom Standpunkt ihrer eigenen Prinzipien aus".

Er zitiert die Stimmen bürgerlicher Rechtsautoritäten, die gegen die Prozeßführung Protest erheben, z. B. Professor Kahl, Professor James Goldschmid, Rechtsanwalt Dr. Pindar, Dr. Wolff schildert als einer der Verteidiger den Prozeß als ein politisches Tendenzverfahren, das die KPD vernichten sollte, aber das Gegenteil erreichte, indem es das schamlose Wüten der Klassenjustiz enthüllte. Es folgen noch eine Reihe von bürgerlichen und sozialdemokratischen Pressestimmen, die alle gegen die Todesurteile einer blutrünstigen Klassenjustiz protestieren. Den Abschluß der Broschüre bildet ein, von führenden geistigen Persönlichkeiten unterschriebener Protest.

Jeder Arbeiter, jeder Werktätige muß sich durch diese Broschüre informieren und muß sich dem Kampfe gegen die Mörderjustiz des Staatsgerichtshofes anschließen.

Jeder logisch denkende Mensch muß sich durch diese Broschüre unterrichten und sich dem Protest gegen die Todesurteile anschließen.

Preis der Broschüre, 64seitig, nur 30 Pfennig.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; Inserate: Artur Müller, Breslau.
Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau.
Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Versammlungskalender.

Breslau. [illegible]

Achtung! [illegible]

Kommunistische Jugend

Breslau. [illegible]

Jung-Spartakusbund

Breslau. [illegible]

Andere Organisationen

[illegible]

IAH. [illegible]

Liebich-Theater
Monat Mai 1925
Täglich 8 Uhr Täglich 8 Uhr
Gastspiel
Hartstein
und Gesellschaft
in dem neuen Schlager:
Der lachende Fridolin
oder Wer ist der Papa?
Eine tolle Burleske in 2 Bildern
von B. Hartstein
Ferner:
Lowick Jewels
Der berühmte Musikclown
Gilbert and French
Die elegantesten Tänzer
Oskar Albrecht
Humorist
C. Scheck und Sohn
Die meistreichsten Equilibristen
Graciellas Tropenvögel
Ein Wunder der Dressur
Miss Glaermann
Gymnastischer Akt
DARREO
Der Mann mit dem berühmten Rage
Felix der Kater
Der neueste Film.
Bedeutend ermäßigte Sommerpreise!

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2515.
Heute 8 Uhr:
In neuer Ausstattung
Die Geliebte Sr. Hoheit

Edamer, voll fett-Käse, 9 Pfund Mark 5.65
Tilsiter-Käse, fett, 9 Pfund Mark 5.80
Rahm-Magerkäse, 9 Pfund Mark 3.60
Kräuterkäse, fett, Postkiste, 5 kg Mk. 5.50
per Nachnahme, frei Haus
Feinkostversandhaus Hamburg, Hamburg 4, Kielerstr. 74

Wir empfehlen unsere
Buchdruckerei
zur Anfertigung und billigsten Preisberechnung von
Plakaten
Briefbogen
Rechnungen
Flugblättern
Programmen
Eintrittskarten
und alle anderen Drucksachen
PEUVAG
Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft
Berlin
Filiale Breslau
Trebnitzer Straße Nr. 50

Neuer Deutscher Verlag Berlin
Zweigabteilung Schlesien, Breslau, Gartenstr. 45
Soeben erschien:
L. Kaplun
Der Arbeiterschutz in der Union der SSR.
Heft 3 der Rußland-Bibliothek
brosch., 32 Seiten, nur 30 Pfg.
Zu beziehen durch alle Kolporteure. Wo nicht zu haben, verlange man direkt vom Verlag

Bis 25ten Mai muß das Postabonnement auf die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" erneuert werden.

Dieser Bestellzettel ist der dortigen Post bezw. dem Postboten auszuhändigen.

Bestellzettel.
Unterzeichneter bestellt hiermit für Monat Juni 1925
bei der Postanstalt in ____
____ Exemplare der Zeitung
„Schlesische Arbeiter-Zeitung"
zum Preise von monatlich 2.25 Mk. zur Lieferung ins Haus.
Name ____
Stand ____
Wohnung ____

Internationale Arbeiter-Hilfe
Ortsgruppe Breslau
Freitag, den 22. Mai, abends 8 Uhr
in der Aula der Viktoriaschule, Lehmdamm
zum Besten der Kinderhilfe der IAH.
Weinert-Abend
Rezitation (politische Satire) und Konzert
Eintrittskarten sind zu haben zum Preise v. 25 Pf. und 5 Pf. Steuer bei allen IAH.-Funktionären, bei den Zeitungskolporteuren und an der Kasse

Meiner werten Kundschaft empfehle
Bestes Brot
I. und II. Sorte
sowie alle Waren in Fein-Bäckerei
Franz Hoffmann
Bäckermeister und Konditor
Schweidnitz, Kreuzstraße 4

Billigste Lebensmittel
reellste Bedienung
Albert Stosch
Breslau X
Herzogstraße Nr. 36

Die Wende

Urteilsspruch

Schwüle brütet überm Raum
Und viele Herzen sind beklommen. —
Die Richter haben Platz genommen. —
Irgendwo — du hörst es kaum —
Flüstern zage Lippen,
Als wollten sie, vor diesem Urteilsspruch,
Noch einen Hauch der Freiheit nippen. —

Aufgeklappt das Paragraphenbuch.
Der Präsident erhebt sich
Hinterm schwarzverhangenen Tisch
Und ein Gemisch
Von Schmerz, Nichthelfenkönnen geht
In jeder Brust im Saal,
Als nun mit einemmal,
Wie mittelalterliches Höhnen,
Von seinen Lippen — sieben Jahre Zuchthaus! — tönen.

Nur einer rührt sich nicht.
Der angeklagte Sünder —
Der stiert mit bleichem Angesicht
Nach seinem Unheilkünder.
Gedanken glühen hinter seiner Stirn
Und martern sein Gehirn,
Zu sagen noch ein Wort,
Eh er verschwindet dort . . . .

Erst als vom Saal her unterdrücktes Weinen dringt,
Die Polizei zum Abtransporte ihn umringt,
Da schreit er auf in ungebeugtem Hasse:
„Es lebe die kämpfende Arbeiterklasse!"

Heinrich Dachs.

Kindersegen, Fruchtverhütung, Fruchtabtreibung*)

Fritz Brupbacher, Arzt

VII.

Kommunismus und Kindersegen.

Die Bestrebungen zur Einschränkung der Kinderzahl werden auch in einer klassenlosen Gesellschaft weiter andauern, weil der Mensch nicht Sklave der sinnlosen Fruchtbarkeit der Natur sein will. Der Mensch wird sich ebensowenig von seinen Kindern, wie von Löwen, Bären und Wanzen auffressen lassen wollen. Wir Kommunisten wollen ja die anarchische, sinnlos gewordene bürgerliche Gesellschaftsordnung beseitigen, um alle dann freigewordene Energie zu verwenden für den Kampf mit den noch feindlichen Naturgewalten!

Wir kämpfen nicht gegen die den Kindersegen einschränkenden Mittel. Umgekehrt, wir wollen, daß den Besitzenden das Monopol auf diese Mittel entrissen werde. Und sie haben dieses Monopol dank ihres Bildungsmonopols, dank ihrer ökonomischen Mittel und dank dem Besitz der Staatsgewalt.

Der Kampf um die Beseitigung dieses Monopols ist eine unserer Zwischenlosungen und Teilforderungen, wie der Kampf um Schwangeren-, Wöchnerinnen-, Säuglings- und Kinderfürsorge. Wir verlangen Auskunftsstellen, wo den Proletarierinnen die besten kindersegenbeschränkenden Mittel zur Kenntnis gebracht und verabfolgt werden, und wir verlangen für jede Schwangere das Recht, ihre Leibesfrucht in öffentlichen Anstalten, von zu diesem Zweck staatlich beamteten Aerzten, unentgeltlich auf Kosten des Staates beseitigen zu lassen.

Weg mit dem Monopol der Besitzenden auf antikonzeptionelle (befruchtungsverhindernde) Mittel und auf Abtreibung!

VIII.

Wie verhindert man die Befruchtung?

Die Wissenschaft ist nicht auf der höchsten Höhe mit ihren Mitteln gegen allzu reichen Kindersegen. Das ist begreiflich. Oeffentlich tut sie so, muß so tun, als ob sie gegen alle Schutzmittel sei, und heimlich und für den Bürger soll sie dieselben bereitstellen. Oeffentlich wird man nicht geehrt, gerät sogar in Mißkredit, wenn man sich mit solchen Dingen abgibt. So ist kein Anreizmittel vorhanden, das den Wissenschaftler treiben würde, sich mit Erfindungen auf dem Gebiete zu beschäftigen.

Als ich auf einer Tagung des Schweizerischen Aerztevereins den Antrag stellte, man solle eine wissenschaftliche Kommission ernennen, die der Ausfindigmachung der besten Schutzmittel sich zu widmen hätte, da brach die ganze Versammlung in ein mächtiges Gelächter aus, und als ich in einer Volksversammlung in Horgen im Kanton Zürich anläßlich eines Vortrages über Schutzmittel ein Okklusivpessar demonstrierte, trug mir das eine Klage des Staatsanwalts ein, der fand, ich hätte mich versündigt gleich gegen zwei Paragraphen. Erstens hätte ich öffentliches Aergernis erregt und zweitens hätte ich durch Vorzeigung des Pessars unsittliche Handlungen vorgenommen vor Kindern. Es war nämlich in der Versammlung ein Vater gegenwärtig, der ein drei- und ein fünfjähriges Kindchen in die Versammlung mitgenommen, weil er zu Hause niemanden hatte, um die Kinder zu behüten. Die Sache kam bis zur Gerichtsverhandlung, und es hätte wenig gefehlt, da wäre ich zu 10 Tagen Gefängnis und 500 Frs. Buße verurteilt worden.

Also die Mittel, die wir bisher kennen zur Verhinderung der Befruchtung, haben alle ihre Fehler. Lassen wir sie einmal Revue passieren.

Das bekannteste und am wenigsten angewendete Mittel ist

die geschlechtliche Enthaltsamkeit.

In allen möglichen Schriften wird über Schaden und Nutzen der Enthaltsamkeit philosophiert. Wem sie gefällt, der mag sie üben. Sie wird ihm nichts schaden. Wer von seinem Geschlecht geplagt ist, der lasse sich nicht plagen, sondern freue sich seiner, anstatt immer drüber nachzugrübeln, ob er besser Breslau 5, Gartenstraße 46. Wir empfehlen unseren Lesern die Anschaffung der Broschüre aufs angelegentlichste.

„tugenhaft" oder besser „lasterhaft" lebe. Auf alle Fälle ist die Enthaltsamkeit gesünder als die Geschlechtskrankheiten.

Das, was man gewöhnlich „Enthaltsamkeit" nennt, heißen wir Mediziner beim richtigen Namen: Onanie. Auch über diese ist unendlich viel geschrieben worden. Einem gesunden Menschen schadet sie nicht. Und Kranken schaden nur die Grübeleien, die er sich über sie macht. Also eigentlich nicht die Onanie. Wem sie n..., seiner Meinung schadet, der gehe zu einem guten Gemütsarzt — wenn er es bezahlen kann — und lasse sich seine Seele reparieren.

Einen vollen Ersatz für die gesunde natürliche Geschlechtslebensfreude geben natürlich weder Enthaltsamkeit noch Onanie.

Es gibt eine große Zahl, die Mehrzahl der Menschen, für die die geschlechtliche Enthaltsamkeit geradezu den Verzicht auf etwas vom Wichtigsten im Leben bedeutete, und für diese Mehrzahl wird ein anderer Weg gefunden werden müssen, der ihnen gestattet, sich der Enthaltsamkeit zu entledigen und doch nicht all die Sorgen auf sich zu nehmen, die das Erscheinen von Nachkommenschaft oder zu zahlreicher Nachkommenschaft im Gefolge hat.

Wer also mit der Enthaltsamkeit auskommt, dem ist sie freilich als sicherstes Vorbeugungsmittel gegen Kindersegen zu empfehlen. Wir glauben aber kaum, daß sie jemals ein sehr populäres Mittel werden wird. Helfen würde sie ja auch nur, wenn sie ständig geübt wird — kann doch ein einziges Zusammengehen bereits furchtbare Folgen haben.

Die Verhütung von Nachkommenschaft geschieht heut wohl meist durch unvollkommene Geschlechtsaktionen (sogen. „Sichinachtnehmen"). Es ist viel gegen diese unvollkommenen Geschlechtsaktionen geschrieben worden. Auch wir haben in früheren Auflagen dieser Broschüre von ihren nervös schädigenden Folgen gesprochen. Es standen uns damals mehr medizinisch-literarische, als eigene Beobachtungen zur Verfügung. Heute stehen wir nicht an zu behaupten, daß alle diese unvollkommenen Geschlechtsaktionen gesundheitlich wesentlich indifferent seien.

Da sie aber nicht nach jedermanns Geschmack sind, hat man sich umgesehen nach Mitteln, die die sogenannte vollkommene Geschlechtsaktion ohne Nachkommenschafts-Folgen gestatten.

Diese Mittel teilt man zweckmäßigerweise ein in chemische und mechanisch wirkende.

Chemisch wirkende Mittel

(d. h. durch Tötung der männlichen Samenzellen).

Das häufig angewandte Mittel ist die Ausspülung mit Wasser unmittelbar nach dem Zusammengehen. Es beruht auf der Erfahrung, daß die männlichen Samentierchen im Wasser sterben. Die Methode wäre ziemlich sicher, wenn gerade unmittelbar nach dem Samenerguß ausgeführt. Gerade diese Bedingung ist aber gerade sehr schwer zu erfüllen. Und die meisten, die es schließlich eine Zeitlang anwenden, kriegen doch wieder Kinder, eben weil der Mensch begreiflicherweise sich von praktischen Zielvorstellungen in erster Linie nicht leiten lassen kann bei der Entfaltung eines so elementar-wilden Triebes, wie es der Geschlechtstrieb ist, weil solche mechanische Handlungen wie die ausgeführte ihm (gerade dann) unsympathisch sein müssen.

Das gleiche gilt von den Ausspülungen, denen Arzneistoffe beigemengt sind.

Aeußerst unsicher ist die Anwendung der sehr stark verbreiteten Scheidenpulverbläser, da die dadurch eingestreuten Pulver oft, sogar meist, wenn nicht von sehr geschickter Hand angewandt, nicht an den richtigen Ort, die Oeffnung des Muttermundes, gelangen.

Viel angepriesen sind sodann in allen Tageszeitungen die Suppositorien (löslicher „Frauenschutz"). Jede Woche sehe ich Frauen, die damit Mißerfolg haben, so oft, wie mit kaum einem anderen Mittel. So bequem das Mittel wäre, so unzuverlässig ist es auch. Es hat auch den Zweck, die bösen Samentierchen zu töten; die kriechen aber in Falten und Ecken herein, wo der lösliche „Frauenschutz" meist nicht hingelangt.

Unter die chemisch wirkenden Mittel gehört auch der Dr. Cave'sche Sicherheitsschutzring, der aus einem mit desinfizierendem Pulver gefüllten Hohlring besteht, durchbohrt mit vielen Löchern, aus denen das Pulver herausdringt, um die Tierchen zu töten. Es ist mir eine Anzahl von Fällen bekannt, wo das Instrument angewandt wurde; stets mit Mißerfolg.

Es gibt noch eine ganze Reihe von Mitteln, die von profitsüchtigen Chemiefirmen und Händlern auf den Markt geworfen werfen. Vor allem hat sich der Hausiererhandel auf dieses Gebiet geworfen. Da die Aerzte sich stolz von diesem Gebiet abwenden, wagen Männer und Frauen gewöhnlich nicht mal sie über all das, was offeriert wird, zu befragen. Und doch möchten wir jedermann anraten, ja nicht auf all die meist unverschämten teuren und unnützen Apparate und Medikamente hereinzufallen, die ihnen von Geschäften durch gedruckte Prospekte oder durch Reisende angeboten werden (und deren „Unschädlichkeit" — trotz aller Reklame — auch durchaus nicht einmal bewiesen ist!). Wohl ist das Idealmittel, das für alle Fälle ausnahmslos sich bewährt, als Verhinderungsmittel gegen allzu reichen Kindersegen, noch nicht erfunden. Aber wir haben doch Mittel, die nicht Monopolartikel bestimmter Unternehmungen sind und über die auch ehrliche Wissenschaftler nur mit Anerkennung sich äußern können.

(Fortsetzung folgt.)

*) Die Artikelserie entnehmen wir der unter dem gleichen Titel erschienenen Broschüre, die soeben vom Neuen Deutschen Verlag herausgegeben wurde. Preis 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Buchgemeinschaften.

Der Maschinenmensch wird geölt

Von John Lassen (Newyork).

Die Agentur der großen Schreibmaschinen-Firma befindet sich auf dem Broadway. Ein großes, geräumiges Geschäftslokal. Mit vielen, vielen Angestellten. Die Mädchen sitzen an den Maschinen. Für das ungeübte europäische Auge bewegen sich die Finger mit schwindelerregender Geschwindigkeit. In dem ganzen geräumigen Saal sprechen die an den Maschinen sitzenden Mädchen kein Wort. Die Gruppenführer erteilen in hastigem Tempo die Anordnungen. Ich kam wegen einer Reklamation und wurde von der Leiterin des „information bureau" empfangen. Dieser sprach zu mir in einem schier um Verzeihung bittenden Ton:

„Ich kann mit Ihnen erst in zehn Minuten verhandeln, muß jetzt die „Gymnastik" leiten."

Ich mochte ihn, da ich nicht begriff, was er unter „Gymnastik" verstehe, mit etwas blöden Augen angesehen haben, denn er begann mir, für keinen Augenblick die Augen von der Uhr wendend, hastig zu erklären: „Wissen Sie, das ist notwendig. Auch Sie tun es. Tun es sicherlich" — und er machte mit den Händen flinke Bewegungen, denen ich entnahm, daß er mich für einen trainierten Boxer halte . . .

Inzwischen hatten die Mädchen zu arbeiten aufgehört. Sie eilten mit flinken, gleichsam tanzenden Bewegungen in einen dem Geschäftslokal benachbarten Raum. Sie stellten sich in vier Reihen auf. Mochten ungefähr siebzig an der Zahl sein. Der grauhaarige Mann eilte zu ihnen. Ein Grammophon begann zu spielen, und die Mädchen bückten sich zu dem Rhythmus nach rechts und links. Sie hoben die Beine, hoben die Arme. Machten militärische Uebungen. Das Grammophon gab in der Form von Jazzmusik den Takt an.

Während der Turnübungen waren die Mädchen bestrebt, unmittelbar hinter den Vordermann zu gelangen, aber nicht nur deshalb, damit die „Deckung" tadellos sei, sondern um mit der Nachbarin flüchtig einige Worte zu wechseln.

Als die Grammophonplatte die Jazzmelodie abgespielt hatte, folgte eine Minute Pause. Nun setzte abermals halblautes Reden ein, mußte aber in der Mitte abgebrochen werden, denn das Grammophon begann von neuem zu spielen und die Körperübungen mußten fortgesetzt werden. — Trararа . . . Alles im Takt des Jazz. —

Arm schwingt, Körper streckt sich. Kreuz biegt sich. Nach rechts, nach links. Der ganze Körper wird bewegt. Im Takt. Die Gesichter färben sich rot.

Zehn Minuten sind vorbei. Die Uebung ist beendet. Die Mädchen gehen an die Schreibmaschinen zurück. Die Arbeit wird fortgesetzt. Niemand spricht. Nur die Schreibmaschinen klappern.

Der grauhaarige Mann kommt zu mir zurück. Er ist äußerst zufrieden. „Sehen Sie, wir haben entdeckt, daß man die Arbeit intensiver gestalten kann. Es ist wohl wahr, daß am Vormittag und am Nachmittag zehn Minuten von der Arbeitszeit verloren gehen, doch wird es dadurch eingebracht, daß wir vollkommen strenge Disziplin zu halten vermögen. Nach den Uebungen gibt es keine Unterhaltungen oder Pause mehr. Wir fordern von jedem einzelnen, daß die volle Arbeitszeit ausgenützt werde. Und dies geschieht auch. Maschinen müssen geölt werden. Und auch die Menschen müssen geölt werden." — Er reibt sich vergnügt die Hände. Scheint mit seiner Methode äußerst zufrieden zu sein.

Die Maschinenmenschen sitzen aber wieder über die Schreibmaschinen gebeugt. Ihre flinken Finger fliegen mit schwindelerregender Geschwindigkeit über die Tasten, im eintönigen Rhythmus der Arbeit. Es gibt keine Unterbrechung; kein Wort, keine Silbe wird gesprochen. Die geölten Maschinenmenschen funktionieren genau.

Aus Natur und Technik

Kann man ein Atom sehen?

Wenn man die Erfolge überblickt, die von der Wissenschaft bei der Forschung über die allerkleinsten Teile der Materie bis jetzt schon erreicht sind, dann erscheint die Frage nicht allzu absurd, ob es wohl möglich wäre, ein einzelnes Atom sichtbar zu machen, obgleich man dessen Durchmesser höchstens auf der hundertmillionsten Teil eines Millimeters schätzt. Aber diesmal nützt uns die Kühnheit der Frage nichts. Wir müssen sie mit einem glatten Nein beantworten. Man sieht augenblicklich keinerlei Möglichkeiten, ein Atom sichtbar zu machen und auch keinen Weg, der je zur Erreichung dieses Zieles führen könnte. Denn die Tatsache, daß wir ein einzelnes Atom nicht zu sehen vermögen, beruht nicht etwa auf der Unvollkommenheit unserer Vergrößerungsapparate, sondern auf der Natur des Lichtes selbst.

Der kleinste Gegenstand, den wir beim normalen Abstand vom Auge, etwa 25 Zentimeter, noch zu sehen vermögen, muß eine Ausdehnung von 3,75 Hundertsteln eines Millimeters haben. Dann reicht der Winkel, den die äußersten, an seinen Kanten vorbeiziehenden Sehstrahlen bilden, gerade noch aus, um den Körper der Netzhaut erkennbar zu machen. Mit Hilfe des Mikroskops können wir die Sehwinkel vergrößern. Aber es entsteht eine für die Sichtbarmachung nicht mehr unterschreitbare Grenze, sobald die Kleinheit des zu beobachtenden Körpers sich der Wellenlänge des Lichts nähert. Das ist durch Beobachtungen an Bewegungsgittern und anschließende theoretische Betrachtungen nachgewiesen.

Die Wellenlänge des Lichts in dem Teil des Spektrums, für den unser Auge die größte Empfindlichkeit besitzt, beträgt 5,5 Zehntausendstel Millimeter. Kleinere Körper können wir also auf keinen Fall, selbst durch das stärkste Mikroskop gewöhnlicher Art, mehr erblicken.

Etwas läßt sich die Grenze noch durch besondere Kunstgriffe herabdrücken. Man kann Licht von kürzerer Wellenlänge anwenden, also violette oder ultraviolette Lichtstrahlen, die dann freilich zuletzt nicht mehr auf das Auge, sondern auf die photographische Platte einwirken.

Als allerletzte Grenze erhält man dann ein Zehntausendstel Millimeter, was von einem Hundertmillionstel Millimeter, der höchsten Atomgrenze, noch hoffnungslos weit entfernt ist.

England—Indien in 3 Tagen

Der englische Flugdienst ist gegenwärtig mit der Einrichtung einer neuen Luftverbindung zwischen England und Indien beschäftigt. Die Flugzeuge, die auf dieser Linie verkehren werden, werden imstande sein, dreißig Passagiere sowie eine vierköpfige Bedienungsmannschaft zu befördern. Sie werden vollkommen aus Stahl bestehen und mit drei Motoren mit insgesamt 3000 Pferdekräften ausgerüstet sein. Auch die Propeller werden vollständig aus Stahl bestehen. Es ist beabsichtigt, die Flugzeuge ohne Unterbrechung auch nachts fliegen zu lassen. Man erwartet, daß sie die gewaltige Entfernung in dreimal 24 Stunden bewältigen werden.

Teilnahme deutscher Gelehrter an einem russischen medizinischen Kongreß

Zu dem in Charkow stattfindenden Venerologischen Kongreß reisten am 1. Mai über Moskau nach Charkow Geheimrat Prof. Jadassohn-Breslau, Prof. Pinkus-Berlin, Dr. Löwenstein-Berlin, Dr. Hausteln-Berlin, Dr. Goldenberg (als Vertreter des Volks-

Breslau

Die „Schlesische Arbeiterzeitung" erneut verurteilt!

Sechs Wochen Gefängnis für Genossen Belke

Breslau, 18. Mai.

Am vergangenen Sonnabend verhandelte das Breslauer Schöffengericht gegen unseren früheren verantwortlichen Redakteur Genossen Rudolf Belke wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz.

Unter der Ueberschrift „Schlesische Gefängnisbestien" schilderten wir in Nr. 148 vom 1. 10. 1924 die scheußliche Behandlung des Strafgefangenen Klose im Hirschberger Gefängnis. Dieser bekam wegen Verprügelns eines faschistischen Oberleutnants 9 Monate Gefängnis. Im Gefängnis wurde er schikaniert. Er wurde irrsinnig und schmierte sich den eigenen Kot aufs Brot. Dann kam er in die Irrenabteilung des Kletschkauer Gefängnisses und wurde von dort in das Irrenkrankenhaus in die Einbaumstraße eingeliefert.

An diese furchtbare Schilderung knüpften wir Betrachtungen über die „Volkswacht" und Sozialdemokratische Partei. In dieser zeigten wir den Arbeitern auf, daß die Sozialdemokratie wohl in der Lage wäre, solche schmachvollen Zustände in den deutschen Gefängnissen zu ändern, wenn sie nur wollte. Wir machten die Arbeiter auf einige einflußreiche Stellen aufmerksam, die die SPD. durch Parteimitglieder besetzt hatte und durch die sie in der Lage wäre, Aenderungen herbeizuführen. Dabei nannten wir auch den Sozialdemokraten, Innenminister Severing. Aus einigen scharfen Charakterisierungen konstruierte nun der Staatsanwalt eine „Beleidigung des Innenministers Severing". Weiter behauptete er, einige Worte bedeuteten eine „Beschimpfung der republikanischen Staatsform". Trotzdem unser Genosse Belke in einer längeren Verteidigungsrede die völlige Haltlosigkeit dieser offensichtlichen Konstruktion nachwies, stellte sich das Gericht auf den Standpunkt des Staatsanwalts und verurteilte unseren Genossen mit sechs Wochen Gefängnis.

Notschrei eines Arbeitslosen

Von einem parteilosen Arbeiter erhalten wir folgende Zuschrift:

Ich wende mich mit diesem Artikel an die breite Oeffentlichkeit. Es wird sehr vielen Bürgern der Stadt Breslau unbekannt sein, daß das hiesige Wohlfahrtsamt Hunderte von Arbeitslosen unterstützt mit Geldern, welche die Bürgerschaft aufbringen muß. Wir lehnen es ab, Unterstützung anzunehmen aus öffentlichen Mitteln. Diese Unterstützung, die wir erhalten, ist zu gering bemessen, um davon den Lebensunterhalt wie Bedürfnisse bestreiten zu können. Diese Unterstützung würdigt uns herab, wir wollen keine Almosen, sondern eine lohnende Beschäftigung, damit wir nicht fernerhin der Allgemeinheit zur Last fallen.

Schreiber dieser Zeilen ist seit dem 15. Oktober 1923 ohne Verschulden arbeitslos. Wurde an diesem Tage wegen Mangel an Arbeit entlassen, erhielt 39 Wochen die Erwerbslosenunterstützung. Dieselbe wird nur 39 Wochen lang gewährt. In dieser Zeit bis zum heutigen Tage habe ich mich großer Mühen unterzogen wegen Erhalt einer Beschäftigung, habe Gesuche über Gesuche geschrieben an Firmen, Inserate beantwortet, alles ohne Erfolg. In dieser langen Zeit habe ich nur einmal Glück gehabt, eine Beschäftigung zu erhalten, und zwar vom 3. 11. 1924 bis zum 24. 12. 1924 als Schachtarbeiter. Was es heißt, so lange arbeitslos zu sein, kann nur der beurteilen, der arbeitslos ist oder war. Wir richten deshalb die Anfrage an das Städtische Wohlfahrtsamt wie an die Breslauer Bürgerschaft: will man uns wirklich in Not und Elend langsam und sicher mit unseren Frauen und Kindern zu Grunde gehen lassen. Nimmt sich keine Instanz unser an?

Einen großen Teil der Schuld an unserer Not und Elend trägt und ist beizumessen dem Städtischen Arbeitsvermittlungsamt in Breslau, Sternstraße. Mir sind Fälle bekannt, bin sie gern bereit nachzuweisen, daß Arbeitslosen nach 14tägiger Arbeitslosigkeit eine Beschäftigung nachgewiesen worden ist.

Wir verlangen deshalb im Interesse der Allgemeinheit, daß sofort eine besondere Arbeitsvermittlungsstelle für die am längsten Arbeitslosen eingerichtet wird. (Arbeitslose vom Wohlfahrtsamt.) Daß sämtliche Nachfragen und Gesuche von Arbeitern erst diese Vermittlungsstelle passieren, soweit diese Stellen nicht besetzt werden können durch Arbeitslose vom Wohlfahrtsamt diese Stellen erst dann den anderen Vermittlungsstellen überwiesen werden.

Lebensmitteldiebstähle bei der Schulkinderspeisung

Das Presseamt berichtet:

In den frühen Morgenstunden des 15. d. Mts. gelang es dem städtischen Ueberwachungsdienst durch unvermuteten, sorgfältig vorbereiteten Zugriff den Heizer einer Breslauer Quäkerküche fortgesetzter Diebstähle an Quäkerlebensmitteln zu überführen. Der Täter hatte sich mit Nachschlüsseln Zutritt zu dem Vorratsraum der Speisungsstelle verschafft. Bei einer Besichtigung seines Arbeitsraumes und seiner Wohnung wurden durch Beauftragte des städtischen Ueberwachungsdienstes gestohlene Quäkerlebensmittel im Gesamtgewichte von mehreren Zentnern vorgefunden und sichergestellt.

Die technische Messe

fand am Sonntag ihr Ende. Sie war an diesem Tage von 35 000 Personen besucht, die sich zu 75 Prozent aus der Breslauer Bevölkerung rekrutierten.

Wie das Polizeipräsidium mitteilt, wurden während der Messetage 25 Frauen und Mädchen wegen des Verdachtes der Gewerbsunzucht verhaftet. Die Polizei ist also um die [illegible] Messerummels sehr besorgt.

Großfeuer in der Trebnitzerstraße

Im Eckgrundstück Trebnitzer Straße 68 brach Montag abend 7 Uhr aus bisher unaufgeklärten Gründen ein großer, sich über beide Fronten erstreckender Dachstuhlbrand aus. Die sofort eingreifende Feuerwehr hatte mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, da durch den starken Wind die Flammen immer wieder angefacht wurden. Auch das Schieferdach erschwerte die Arbeit.

Die Feuerwehr griff mit fünf Schlauchleitungen ein.

Um 8 Uhr war der Brand bewältigt. Die Bodenkammern sind vollständig ausgebrannt und zahlreiche Arbeiter, die auf dem Boden ihre geringen Habseligkeiten untergebracht hatten, erleiden schweren Schaden.

Achtung! Bücherausgabe!

Jeden Mittwoch von 5.30 bis 7.30 Uhr abends erfolgt Bücherausgabe Trebnitzer Straße 50. Die Bibliothek enthält jetzt die neuesten Werke über Leninismus und Volksbewaffnung!

Achtung! Kursusteilnehmer!

Mittwoch abend 8 Uhr Kursus im Minoritenhof.

Achtung! Jugendgenossen!

Die Breslauer KJ. beabsichtigt, Pfingsten zur Fahrt zum Jugendtag in Landeshut ein Lastauto zu benutzen. Jeder Genosse, der mitfahren will, muß dieses bis Dienstag nächster Woche im Jugendbüro, Trebnitzer Straße 50, täglich nachmittag von 6—7 Uhr melden und das Fahrgeld (3,50 M., Erwerbslose 1 M. billiger) dort hinterlegen.

KJD., Ortsgruppe Breslau.

Stabelwitz. Bericht über die Gemeindevertretersitzung vom 8. Mai.

Die letzte Gemeindevertretung in Stabelwitz befaßte sich mit folgenden Angelegenheiten:

1. Siedlung. Der Gemeindevorsteher Lüdecke stellte fest, daß für die Fortentwicklung der Siedlung ein Bebauungsplan notwendig ist. Durch günstigen Abschluß eines Kaufes durch Beschaffung eines solchen sind ungefähr 1000 Mark Unkosten erwachsen. Diesem Antrage wurde einstimmig zugestimmt.

2. Straßenpflasterung. Da der Autobusverkehr in dieser Richtung verkehren soll, soll die Dorfstraße von Stabelwitz nach Herrnprotsch in erster Linie ausgebaut werden. Zur Pflasterung in Neu-Stabelwitz erklärten sich die Schlesischen Tonwerke bereit, einen Kostenbeitrag von 12 000 Mark zu leisten, so daß die Gemeinde Stabelwitz noch 28 540 Mark tragen muß. Der Landkreis Breslau hat die Schlesischen Tonwerke gekauft und sie jetzt dem Schlesischen Heim, einer Privatgesellschaft, verpachtet. Geschäft ist Geschäft; eine Krähe hackt der andern die Augen nicht aus. Die Debatte war sehr lebhaft.

Gemeindevertreter Wolf (KPD.) erklärte, daß vor allen Dingen die Spinnerei (die Großindustriellen) dazu gezwungen werden müßte, auch ihr Schäfchen beizutragen, denn diese große

Unser neuer Roman

Ein „Arbeitermädel"

Von Otto Müller-Glösa.

Viele Freunde hat uns unser gestern beendeter Roman „Bergmannskinder" zugeführt. Noch mehr Freunde wird uns der in der heutigen Nummer beginnende Roman „Proletariermädel" von Müller-Glösa schaffen.

Der Verfasser ist Genosse. Mit kommunistischem Scharfblick, mit starker Beobachtungsgabe und viel Einfühlungsvermögen gestaltet er das Schicksal eines Proletariermädels, wie es unzählige Male im Leben vorkommt. Alle Konflikte, Wirrnisse und Leiden, alle Sehnsucht, Enttäuschungen und herben Erfahrungen des Proletariermädels von heute treten uns in dramatisch gesteigerter Handlung entgegen. Durch alle Wirrnisse hindurch aber bleibt das führende Element der im Arbeiterleben schlummernde Klasseninstinkt, auch unserem Proletariermädel den Weg weisend zur Erlösung: Klassenbewußtsein, Klassenkampf!

Ganz besonders zeichnet unsern Roman aus, daß er ohne spießerhafte Prüderie, ohne falsche Scham die Dinge so packt, wie sie sind. Unsere Leser werden viel Freude an ihm haben. Und auch jetzt schon fordern wir unsere Leser auf, nach Beendigung des neuen Romans ihre Meinungen und Gedanken über ihn uns mitzuteilen, damit Redaktion und Leser im engsten Kontakt miteinander bleiben.

Firma fährt doch zuerst mit ihrem Autoverkehr die Straßen entzwei. Der Herr Gemeindevorsteher bekam es mit der Angst zu tun. Nur nicht den Herren an den Leib rücken, es könnte doch schief ausgehen, zumal jetzt Hindenburg Präsident geworden ist; also den Mantel nach dem Winde. Der Gemeindevorsteher erklärte, die Firma gibt ihre „hohen Steuern" und sie könnte nicht gezwungen werden, einen Zuschuß zu leisten.

In derselben Sitzung stellte unser Genosse den Antrag, den ausgesperrten Arbeitern Erwerbslosenunterstützung zu zahlen.

Der Antrag wurde angenommen, aber von den Bürgerlichen dahin verschlechtert, daß die Ausgesperrten Arbeiten für die Gemeinde ausführen müssen.

Der am Ort erscheinende „Gemeindebote" entblödet sich nicht, den Bürgerlichen zu unterstellen, daß sie den Antrag für die Ausgesperrten eingebracht haben.

Und solcher Schwindel wird geglaubt, obwohl die Bürgerlichen den Antrag unseres Genossen verschlechtert haben.

Achtung! Genossen! Sommerfest der JAH.

Zur Reigenaufführung am 4. Juli werden noch eine größere Anzahl Kinder im Alter von 9—14 Jahren (Knaben und Mädchen) gebraucht. Wir bitten unsere Genossen, zum Gelingen dieser Veranstaltung beizutragen und ihre Kinder zu den Proben zu schicken. Die nächste Probe findet am Mittwoch, den 20. Mai, nachmittags 4 Uhr, auf der Spielwiese des Schießwerders statt. Sammeln der Kinder 3/4 4 Uhr vor dem Gartenzugang (Schießwerderplatz).

Die Ausgabe der Lose für die Riesenlotterie (Hauptgewinn ein lebendes Schwein, Gewicht 2½ Zentner) findet bestimmt Ende dieser Woche statt. Diese können von allen Funktionären und Mitgliedern der JAH. auf vier Ratenzahlungen entnommen werden. Preis des Loses 1 Mark und Steuer.

Da bereits eine lebhafte Nachfrage nach den Losen besteht, dürfte es sich empfehlen, daß sich die Interessenten beizeiten ein Los sichern.

Aus der Provinz

An alle Ortsgruppen!

Achtung Genossen!

In unserem Bezirk treibt sich ein Mensch herum, welcher Papiere auf den Namen Georg [illegible], Rechtskonsulent aus Hamburg, im Besitz hat. Derselbe behauptet, daß er ein Flüchtling wäre und in Hamburg überall bekannt sei. Nachforschungen, die wir anstellten, haben ergeben, daß bei obenerwähnten Reisenden ein Spitzelbüro unterhalten wird. [illegible] ist ungefähr 1,70 groß, hat langes blasses Gesicht mit hellgrauen [illegible] Augen und eine Habichtsnase. Er gibt vor, lungenkrank zu sein, was auch durch sein krankhaftes Aussehen bestätigt wird. Wir warnen vor diesem Kerl und machen die Genossen darauf aufmerksam, solche Gesellen unter allen Umständen abzuweisen.

Bezirksleitung.

Pfäffische Unduldsamkeit bei Beerdigung des Genossen Rumpel

Am Sonnabend fand in Brieg die Beerdigung des Genossen Rumpel statt, an der zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen mit roten Fahnen teilnahmen. Der freireligiöse Prediger Pietsch wollte im Auftrage der Angehörigen am Grabe sprechen. Die Kirchenbehörde aber verbot jede Rede an dem Grabe. Dieses provozierende Verbot rief ungeheure Entrüstung unter den Anwesenden hervor. Die Genossen waren daher genötigt, vor dem Friedhof auf der Straße von dem Genossen Abschied zu nehmen. Pietsch wies mit Recht darauf hin, daß diejenigen, die predigen, liebe deinen Nächsten und tue Gutes denen, die dich hassen, wieder einmal gezeigt haben, wie ihre Lehren sich von ihren Taten unterscheiden.

Im Auftrag der Kommunistischen Partei und der Redaktion der „Schlesischen Arbeiterzeitung" sprach Genosse Dombrowski-Breslau. Er betonte, daß der verstorbene Genosse ein Opfer der Proletarierkrankheit, ein Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung geworden ist. In besseren sozialen Verhältnissen hätte Rumpel noch dreißig Jahre leben können. Er gehöre zu den Hunderttausenden, die infolge Unterernährung und Arbeitslosigkeit auf den Friedhof auswandern. Die beste Ehrung des Toten bestehe darin, seine Arbeit in Brieg fortzusetzen. Da der von Sozialdemokraten beherrschte Gesangverein eine Mitwirkung an der Beerdigung abgelehnt hatte, sang Genosse Flegel am offenen Grabe noch ein Kämpferlied. Einige Genossen riefen dem toten Kämpfer noch die letzten Grüße nach. So war pfäffische Niedertracht doch nicht imstande gewesen, zu verhindern, daß die Brieger Arbeiter ihrem toten Genossen die letzten proletarischen Ehren erweisen konnten.

Genosse Rumpel wird in den Herzen der Brieger Genossen weiterleben!

Tagung der Kommunalbeamten in Görlitz

Am 9. und 10. Mai 1925 tagte in Görlitz die Vertreterversammlung der Bezirksgruppe Niederschlesien des Verbandes der Kommunalbeamten und -Angestellten Preußens. Mehr als 80 auswärtige Delegierte vertraten über 5000 Mitglieder.

Nach Erstattung des Geschäfts- und Kassenberichts durch die Geschäftsführer Feige und Löschner wurde in eine eingehende Erörterung der umfangreichen Tagesordnung eingetreten.

Die Versammlung nahm zu der noch immer ungelösten Besoldungsfrage Stellung. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde zum Ausdruck gebracht, daß es bei der bisherigen unzulänglichen und im höchsten Grade unsozialen Besoldungsregelung nicht länger verbleiben könne, eine Aenderung des Besoldungssystems auf der Grundlage der Vorschläge des Deutschen Beamtenbundes sei unerläßlich.

Die Auswirkung der Personalabbauverordnung, dieses Damoklesschwerts über der deutschen Beamtenschaft, greifen tief auch in die Interessen der Kommunalbeamtenschaft ein, weil sie die Anstellungs- und Beförderungsmöglichkeiten auf ein vollkommen unzureichendes Mindestmaß herabdrücken.

Die schlimmste Geißel, das Besoldungssperrgesetz, wird nach dem Beschlusse des Reichstages vom 18. März 1925 die Kommunalbeamten für ein weiteres Jahr bedrohen und entrechten. Die sogenannte „Denkschrift" des Reichsfinanzministers, die Haltung verschiedener Reichstagsfraktionen, insbesondere aber das unverständliche, disziplinlose Verhalten einiger Beamtenvertreter im Reichstag wurde einer scharfen Kritik unterzogen.

Die überaus schwierige Frage der Dauerangestellten ist zunächst noch ungelöst; es scheint aber, als ob die Verhandlungen der Bezirksgruppe mit den kommunalen Organisationen sie allmählich dem gewünschten Ziele zuführen wird.

Der Belebung des Interesses an der Gewerkschaftsarbeit soll ein für den kommenden Herbst in Aussicht genommener Gewerkschaftskursus dienen.

Lebhaftes Interesse löste ein vom Oberstadtsekretär Schubert, Hirschberg, gehaltener Vortrag über Beamtensiedlungsfragen aus.

Als nächster Tagungsort wurde Hirschberg bestimmt.

An alle Ortsgruppen des Roten Jungsturms Schlesien

Alle Ortsgruppen beteiligen sich an dem Roten Tag in Landeshut zu Pfingsten. Eintreffen spätestens Sonntag früh. Jungstürmler! Vor die Front!

Bundesleitung des RJ. Schlesien.

Waldenburg. Opfer des Kapitals. Am Dienstagabend verunglückte der Berghauer Paul Bartsch aus Wittgendorf in der 5. Abteilung auf der Gustavgrube in Rothenbach dadurch, indem er einen Fehltritt machte und so 25 Meter im Stapelschacht hinunterstürzte, wo er sofort tot war. Der Verunglückte hinterläßt 6 Kinder. Ungenügende Sicherheitsmaßnahmen erfordern immer weitere Opfer im Bergbau. Es ist dies der 6. tödliche Unglücksfall innerhalb 6 Tagen im Niederschlesischen Bergbau. Soll mit dem Leben der Bergarbeiter noch weiter so Schindluder getrieben werden?

Liegnitz. Ein wütender Faschist. Als am letzten Mittwoch nach einer Versammlung einige Jugendliche der KJ., der SAJ. und der freireligiösen Jugend an der Brücke der Breslauer Straße standen, wurden sie von drei Jünglingen des Jungdo angerempelt. Als sie in ruhigem Tone zurechtgewiesen wurden, gaben sie die altbekannte Antwort: „Fresse halten!" Hierauf wurde ihnen natürlich von unserer Seite die richtige Antwort zuteil. Nun aber kam der Blumenhändler Fechler dazu und schrie uns an: „Ihr verfluchten Lausejgel, wer hat hier Laufejunge gesagt!" Er schrie und tobte, bis er letzten Endes die Schupo holte und die Jugendgenossen feststellen ließ. Auf der Schupowache drückte er sich auch sehr fein aus, indem er unter anderem sagte: „Das geht Sie einen Sch ... dreck an!"

Und das sind die „besseren" Leute der deutschen Faschisten! Pfui Teufel!

Sagan. Wohlfahrtspflege. Hier wurde vor einigen Tagen eine Frau, deren Mann an Tuberkulose gestorben ist, aufs Wohlfahrtsamt bestellt und gefragt, wie sie sich zur Bezahlung der Desinfektion stelle. Die Kosten beliefen sich auf 9,45 Mark. Auf die Antwort der Frau, daß sie nicht in der Lage sei, dies zu bezahlen, da sie die Beerdigungskosten für ihren Mann noch schuldig wäre, erwiderte der Beamte: **Hätten Sie doch Ihren Mann nicht so großartig beerdigen lassen. Die Beerdigung hätte Sie nicht mehr als 40 Mark kosten brauchen."**

Man möchte den Herrn fragen, wie er sich seine zukünftige Beerdigung für 40 Mark denkt? Vielleicht in einen Sack gestopft und verscharrt wie ein toller Hund. In einem andern Falle verlangt man von einer Familie, in der Krankheit und Arbeitslosigkeit herrschen, wo der Hunger auf dem Fensterbrette tanzt, Bezahlung der laufenden Desinfektionskosten, welche die für das Wohlfahrtsamt ungeheure Summe von 1,50 bis 2,00 Mark ausmacht.

Wenn man dem gegenüber sieht, wie eine Versammlung der Saganer Stadtväter 4500 Mark für Theaterzwecke bewilligt, da kann einem wirklich das Fluchen ankommen. Aber es ist ja nicht anders möglich in dieser kapitalistischen Republik. Für hungernde Proleten hat man nichts übrig als Schmähworte und Verhöhnung, für vollgefressene Bürger und Fettsäcke aber 4500 Mark zu ihrem Vergnügen. Denn einem Proleten wird es wohl kaum möglich sein, von seinem „hohen" Wochenlohn noch Geld für die vielgepriesene Saganer Volksbühne zu erübrigen.

Arbeitersport

Arbeiter-Athleten-Bund, Kreis I Schlesien

Die Technische Leitung des Arbeiter-Athleten-Bundes hat jetzt die Olympiamannschaft veröffentlicht, die Deutschland bei der Frankfurter Weltolympiade im Ringen vertreten wird. Der I. Kreis stellt folgende Sportgenossen: Willi Peschel, „Eiche" Liegnitz, Max Schlesa, „Achilles I" Breslau und Max Pietsch, „Einigkeit" Altwasser. Diese Sportgenossen, die sich in Halle bei den Bundesausscheidungskämpfen gut bewährten, sind eine würdige Vertretung Schlesiens bei der Olympiade.